Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen

Sprecherin: Carola v. Braun Carola.vonbraun@t-online.de

Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Abgeordnetenhaus von Berlin Wahlprüfsteine 2021



Berlin, den 27.08.2021

Ziel der Wahlprüfsteine 2021

Am 26. September 2021 entscheiden die Berliner:innen darüber, welche Parteien und Abgeordnete sie in insgesamt 3 parlamentarische Ebenen wählen wollen. Gewählt werden der Deutsche Bundestag, das Abgeordnetenhaus von Berlin und die Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin. In einem Parteiengefüge, das mehr Überraschungen bringen kann als in den vorangegangenen Wahlen seit 2000, ist für viele Wählerinnen besonders wichtig, welche Themen und Forderungen die Parteien und die Kandidat:innen besonders ansprechen wollen, wenn es um die konkreten Interessen von Frauen geht.

Wir haben deshalb in 2020 unsere Mitgliedsfrauen und Unterstützerinnen angeschrieben und sie gefragt, welche Fragen sie an die Kandidatinnen und an die Parteien und Fraktionen richten wollen und welche Themen ihnen besonders wichtig sind. Es kamen so vielfältige Antworten und Vorschläge, dass wir beschlossen sie zu Wahlprüfsteine zu bündeln.

Ziel der Wahlprüfsteine ist es, interessierte Wähler:innen darüber zu informieren, welche Positionen Abgeordnete und Fraktionen/Parteien bei welchen Themen vertreten. Um ihnen so, in einem Wahljahr mit vielerlei neuen Entwicklungen im Parteiensystem eine Grundlage für ihre Wahlentscheidung an die Hand zu geben.

Zu den Fragen

In insgesamt 14 Fragenkomplexen wurden die Berliner frauenpolitischen Sprecherinnen sowie Vorsitzende und stellv. Vorsitzende der Fraktionen (soweit gegeben) im Abgeordnetenhaus und dem Bundestag angeschrieben, sowie eine Auswahl von weiteren Abgeordneten aus anderen Fachgebieten, die sich nachweislich für Frauen eingesetzt haben. Alle im Bundestag und im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien wurden angeschrieben. Die Angeschriebenen wurden gefragt, wie sie persönlich und wie ihre Partei/Fraktion zu den gestellten Fragen stehen.

Mit einer Ausnahme antworteten alle angeschriebenen Fraktionen, zum Teil sehr ausführlich, manche mit mehreren Stellungnahmen (z.B. mit Stellungnahmen einer einzelnen Abgeordneten und zusätzlich mit Stellungnahmen der jeweiligen Partei).

Die Partei "Alternative für Deutschland – AfD" beantwortete keine der Fragen.

In der Anlage erhalten Sie den Fragenkatalog mit den Wahlprüfsteinen und den Antworten, die die Abgeordneten/Fraktionen dazu eingesandt hatten.

Anmerkungen zu den Fragen und dem Antwortmodus der Angeschriebenen:

- Generell ist in Fragen zur Gender- und Geschlechtergerechtigkeit nicht mehr der tiefe Graben früherer Jahre zwischen den jetzigen Regierungs- und Oppositionsfraktionen festzustellen. Graduelle Unterschiede gibt es bei Einzelheiten.
- Einzige Ausnahmen: bei den Fragen 1 (Parität) und 2 (Kommunales Wahlrecht für Ausländer:innen) gibt es grundsätzliche Unterschiede.
- Die Besserstellung der Care-Berufe und die Forderungen nach Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Fragen 3 + 4) werden von Allen gefordert, die Antworten unterscheiden sich in den konkreten Maßnahmen.
- Fragen zur Wohnungsnot (Fragen 5+6): besonders bemerkenswert alle Fraktionen setzen sich konkret für das Modell "Housing First" ein.
- Die Frage 7 zu Gewalt gegen Mädchen und Frauen und zum Gewaltschutz :die zunehmende Gewalt wird von allen Fraktionen als besorgniserregend eingestuft und Stärkung/Ausbau der vorhandenen Schutzinstitutionen gefordert, in unterschiedlichen Varianten.
- Auch die Sicherung und der Ausbau der Fraueninfrastruktur (Frage 8) insbesondere von Frauenhäusern und -Beratungsstellen wird von keiner Seite infrage gestellt und unterschiedliche Vorschläge zu deren Sicherung eingebracht.
- Forderung zur Anerkennung informell erworbener Kompetenzen: wird von allen unterstützt mit unterschiedlichen konkreten Lösungsvorschlägen, die Entscheidungskompetenz der Kammern wird nicht infrage gestellt.
- Frage zur Sicherung und Förderung der Gender- und Geschlechterforschung an den Berliner Hochschulen: die Bedeutung und Anerkennung dieses wachsenden Forschungsfeldes wird von Allen hervorgehoben. Die konkreten Vorschläge befassen sich sowohl mit einzelnen Forschungsfeldern wie mit dem Abbau struktureller Benachteiligung in den Hochschulgremien.
- Fragen zur Besetzung von Gremien und Jurys in Kunst, Kultur, Medien und zur Verstärkung der Öffentlichen Sichtbarkeit von Frauen in der Kunst (u.a. Ausstellungen): werden von Allen als überfällig bezeichnet mit konkreten unterschiedlichen Vorschlägen zu deren Umsetzung/Erweiterung.

Fazit: die gestellten Fragen teilen die frauenpolitische Öffentlichkeit nicht mehr in ideologische Lager, festzustellen ist eher eine wachsende gemeinschaftliche Bewertung von Defiziten in der Umsetzung einer wirklichen Gleichberechtigung für Frauen in der Gesellschaft. Sie sind eine klare Beschreibung der Fragen und Aufgaben, die viele Berlinerinnen an das gegenwärtige und neu zu wählende Parlament richten.

Die Wahlprüfsteine mit den Antworten der Abgeordneten und Fraktionen werden deshalb in der kommenden Legislaturperiode wieder eingebracht werden zur Erinnerung an die Erwartungen der Berlinerinnen an das neu gewählte Abgeordnetenhaus.

Für den Vorstand und die Mitglieder der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin-Stadt der Frauen e.V.

Carola v. Braun, Sprecherin

Anlage: Wahlprüfsteine 2021

[...] Auch wenn die Brandenburger und Thüringer Verfas-

Wir [CDU] wollen, dass sich mehr Frauen in Parteien enga-

Überparteiliche Fraueninitiative – Berlin Stadt der Frauen – e.V.

1. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Paritätsgesetzes in Berlin, das die Parteien verpflichten soll, einen höheren Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen?

gieren und auch bereit sind, politische Mandate und Funkschon vor der Wahl, mithin bei Aufstellung der Kandidatin-Blick auf die Einführung eines Paritätsgesetzes nehmen wir tionen zu übernehmen. Das Ziel, den Anteil von Frauen in erdings halten wir das Paritätsgesetz als Mittel, um dieses sehr ernst und lehnen deswegen Änderungen der gesetzlichen Regelungen zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauden Parlamenten zu erhöhen, ist zweifelsohne richtig. Alder Freiheit der Wahl verletzen, der für die Parteien auch nen und Kandidaten, gilt. Der Prozess der Aufstellung be-Ziel zu erreichen, für untauglich. Wie schon das Brandenses und der Bezirksverordnetenversammlungen in dieser hat, würde das Paritätsgesetz unzulässig den Grundsatz burger Verfassungsgericht hier zutreffend entschieden stimmter Bewerberinnen und Bewerber muss zu Recht Die erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken mit von staatlicher Einflussnahme freigehalten werden. [...]

sungsgerichte die jeweiligen Paritätsgesetze gekippt haben, hält **DIE LINKE**. Berlin an der Umsetzung des Gesetzes fest, da die Begründungen der Urteile allein auf konkreten Umständen der jeweiligen Bundesländer beruhten und nicht allgemeingültig auf andere übertragen werden können. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht unserer Ansicht nach einem Paritätsgesetz verneint hat. In unserem Wahlprogramm 2021 heißt es dazu: "Wir setzen uns weiter für ein Wahlgesetz zur paritätischen Aufstellung der Wahlkreis- und Listenbewerber:innen ein, als verfassungsrechtlich gebotenes Mittel, um die Durchsetzung der gleichberechtigten demokratischen Teilhabe aller Geschlechter zur ermöglichen. Dazu werden wir alle rechtlichen Mittel weiter prüfen."

Die **SPD** steht für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Lebensbereichen und kämpft seit ihrer Gründung für eine geschlechtergerechte Partizipation an allen politischen Entscheidungsprozessen. Wir setzen uns daher für ein Berliner Paritätsgesetz ein, das garantiert, dass Frauen und Männer im Abgeordnetenhaus sowie in den Bezirksverordnetenversammlungen gleichermaßen vertreten

auf freiwillige Zielvereinbarungen, die die Landesverbände verwirklichung braucht es auch faire Rahmenbedingungen, Die Partei der Freien Demokraten steht für Vielfalt – auch wandel in der Gesellschaft notwendig. Für echte Chancen-Juoten vorgibt, begegnet unseres Erachtens auch verfasin der eigenen Organisation. Statt auf Quoten setzen wir rauen und Männern in allen Positionen, ohne dafür Vorschriften zu erlassen. Ein Paritätsgesetz, das den Parteien mit dem Bundesverband getroffen haben zur Erhöhung des Frauenanteils in Gremien und auf Listen. Ein Kultur-Wenn Frauen und Männer Verantwortung übernehmen wollen, muss dafür sensibilisiert und geworben werden. Unser Leitbild ist die ausgeglichene Repräsentation von ein Bewusstsein für Vielfalt und Mut zur Veränderung. sungsrechtlichen Bedenken. Diese Bedenken wurden durch gerichtliche Entscheidungen bestätigt.

[...] Wir [Bündnis90/Grüne] sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz "die Hälfte der Macht den Frauen" prüfen wir einen verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queerfeministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzen uns auch dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien, Verwaltung, Start-Up Szene und Landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist [...]

2. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/innen in Berlin (Abgeordnetenhaus und BVV)?

[...] Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir [Bünd-nis90/Grüne] werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben [...]

Ein Kommunalwahlrecht für EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung existiert bereits. Es kann also hier lediglich noch um die Frage eines Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-

Ausländer gehen.

Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer lehnt die CDU Berlin ab. Stattdessen werben wir bei denen, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind, dass sie die Möglichkeit nutzen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, mithin auch das Wahlrecht auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene.

DIE LINKE. Berlin tritt für ein allgemeines Kommunalwahlrecht für Ausländer:innen ein. [...] Allerdings verlangt dies aus unserer Sicht eine Verfassungsänderung und ist es nicht allein mit einer Änderung der Landeswahlgesetzes getan [...] Anders als EU-Angehörige dürfen Drittstaatsangehörige "nicht an Kommunalwahlen teilnehmen". Viele Migrant:innen sind damit "vom Kernbereich der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, selbst wenn sie bereits seit langem in Deutschland leben und ein fester Bestandteil der Gesellschaft sind". Diesen Zustand halten wir für nicht tragbar und undemokratisch.

Damit alle Berliner:innen an kommunalen Entscheidungen teilhaben können, setzt sich die SPD Berlin dafür ein, dass in Berlin lebende Nicht-EU-Bürger:innen das aktive und passive kommunale Wahlrecht erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Berliner:innen an Volksentscheiden mitwirken können. Dies bezieht auch die Teilnahme an Bürgerentscheiden mit ein.

aktiv auf diejenigen Menschen zugeht, die die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen, um sie über das Eindie Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit und die Beschleuienseits des schon möglichen Wahlrechts für EU-Bürgerinnen und Bürger auf BVV-Ebene gibt es bei uns keine klare Beschlusslage der Partei, sondern in der Mitgliedschaft unnen. Wir [FDP] setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung mehreren Staatsbürgerschaften Ausdruck finden. Im Hinbürgerungsverfahren zu informieren. Wir setzen uns für nigung der Einbürgerung ein. Wir Freien Demokraten erkennen die vielfältigen Identitäten der Bürgerinnen und blick auf die Einführung eines kommunalen Wahlrechts Wer mit uns zusammenlebt, soll auch Mitbürgerin bzw. Mitbürger mit allen Rechten und Pflichten werden kön-Bürger an und setzen uns dafür ein, dass diese auch in terschiedliche Auffassungen.

3. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit, Pflege, Soziales) in Berlin?

Die Situation in der Corona- Pandemie hat uns allen gezeigt, wie wichtig die Arbeit im Care- Bereich für die Gesellschaft ist. Wir [FDP] setzen uns dafür ein, dass Leistung anerkannt wird und auch entsprechend fair bezahlt wird.

[...] Wir [Bündnis90/Grüne] kämpfen für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen in Gesundheitsund Pflegeberufen unter anderem durch verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Senkung der Arbeitsstunden auf eine 35 Stunden-Woche, Mobilitätsangebote, Beschwerdestellen, mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen verbessern. Außerdem setzen wir uns für eine gerechte, auskömmliche Bezahlung ein [...]

quenzen und ohne Nachteile für die Familien mit Pflegebespezifische Fachkraftquote in ambulanten und stationären qualitativ gute Ausbildung. Die Berliner Pflegeausbildungsand Schulverordnung werden wir entsprechend anpassen werden wir ein Portal für die Beratung zu aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Fragen einrichten [...] Wir wollen diese schäftigten [...] Wir werden alle Möglichkeiten zur Einfühatsinitiative ein, damit auch Migrant:innen mit dem Aufrung von landeseinheitlichen Standards nutzen, um eine darf legalisieren. Wir setzen uns für eine Berliner Bundesenthaltsstatus einer Duldung eine Pflegeausbildung aufbedarfsgerechte Personalausstattung und einrichtungs-Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten [...] Auch Betreuungs- und Hilfskräfte in der Altenpflege brauchen eine [...] Zur Unterstützung von ausländischen Pflegekräften Beschäftigungsverhältnisse ohne strafrechtliche Konseen und dafür sorgen, dass die wichtige Arbeit, die hier ge nen und Erzieher (z.B. wie nach TVöD) ein. Außerdem wol-Die Menschen in den Gesundheits-, Pflege- und Sozialbedienen unsere volle Unterstützung. Wir [CDU] wollen die auch für eine deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinlen wir dafür werben, dass die sog. Fürsorgeberufe eine rufen leisten großartige Arbeit für unsere Gesellschaft – und zwar nicht erst seit der Corona-Pandemie - und ver-Bezahlung in allen Gesundheits- und Pflegeberufen stärleistet wird, angemessen entlohnt wird. Wir setzen uns noch größere gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

[...] In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir [SPD] einen perspektivischen Stufenplan zur Einführung von TV-L bzw. TVÖD, inklusive einer gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab. Zudem unterstützen wir Entlastungstarifverträge in der Pflege und stehen für eine bedarfsgerechte Personalbe-

Wir [DIE LINKE]fordern höhere Gehälter für alle Pflegebe-

messung in den Krankenhäusern.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Aufwertung von Sozial- und Erziehungsberufen ein und wollen die Rahmenbedingungen insbesondere für Fachkräfte in belasteten Sozialräumen verbessern. Wir verbessern die Vergütung in der Kindertagespflege und entwickeln diese qualitativ weiter. Wir wollen, dass Fachkräfte sich innerhalb des eigenen Berufsfeldes weiterentwickeln können. Sie bekommen soberufliche Perspektiven innerhalb ihres eigenen Berufsfeldes und bei der professionellen Weiterentwicklung des Bildes und bei der professionellen Weiterentwicklung des Bilden und bei der professionellen in der Kita.

Überparteiliche Fraueninitiative – Berlin Stadt der Frauen – e.V.

...] Wir [SPD] werden den Kitaausbau weiter beschleuni-

4. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für eine Sicherstellung und Verstärkung aller gesellschaftlichen Angebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern/unterstützen (u.a. Ausbau des Betreuungsangebots in Kitas, Ganztagsschulen, Pflege-Unterstützung)?

[...] Wir [Bündnis90/Grüne] wollen die Frauenerwerbsquote erhöhen, indem wir unter anderem die Kinderbetreuung ausbauen und Arbeitgeber*innen anhalten, Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Wir werden eine frauenpolitische Strategie für den Berliner Arbeitsmarkt erarbeiten, die insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigt. Um zu zeigen, wie familienfreundliche Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-Möglichkeiten wollen wir ausbauen und auch in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen [...]

Entwicklung und den Ausbau einer Online-Platzvergabe für dung als auch im Beruf weiter erhöhen [...] und wollen die gen und die Zahl der Erzieher:innen sowohl in der Ausbildie Kindertagesbetreuung [...] Wir wollen Eltern und Menden Beruf erleichtern und ihren beruflichen Aufstieg nachmit einer engen Verzahnung von unterrichtlichen und au-Berunterrichtlichen Aktivitäten [...]Wir wollen die Vereinete Care-Arbeit durchsetzen, zum Beispiel durch die Ausweitung von Ehrenamtspässen für pflegende Angehörige. schen mit Familienverantwortung den Wiedereinstieg in halb sind wir als SPD Berlin davon überzeugt, dass es ein Kitaplätzen schaffen und unterstützen Lösungen für die haltig verbessern [...] Unser Ziel ist eine Ganztagsschule werden wir ein besseres Verfahren bei der Vergabe von barkeit von Pflege und Beruf noch stärker fördern. Deswerden wir mehr Anerkennung für ehrenamtlich geleisflexible Kinderbetreuung [...] weiter ausbauen. Zudem modernes Familienpflegezeitgesetz braucht [...]Zudem

ınd Erwerbsarbeit frei entscheiden zu können. Dazu gehöur Kinderbetreuung und Pflegeunterstützung ebenso wie die Wertschätzung von Familienarbeit durch Mütter und reundliche Arbeitsmodelle fördern, damit Familien mehr ren eine verlässliche und flächendeckende Infrastruktur die bedarfsgerechte Einführung einer 24-Stunden-Kita in triebskindergärten. Außerdem wollen wir auch familien-Familien benötigen Freiräume, um über ihr Familienmogeht, brauchen wir vor allem mehr und besser bezahlte, dell, die Kindererziehung und die Balance von Familienmotivierte Erzieherinnen und Erzieher, die auch wirklich und flexiblere Betreuungsangebote schaffen, z.B. durch jedem Bezirk oder die Förderung und Stärkung von Be-Väter. Damit der Kita-Ausbau in Berlin schneller voran-Zeit für die Kinder haben. Wir [CDU] wollen auch mehr Zeit füreinander und miteinander haben.

Wir [FDP] wollen das Arbeitszeitgesetz entrümpeln und modernisieren, um zeitlich und örtlich flexiblere Arbeitsmodelle und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu ermöglichen. Wir wollen eine Bildungs- und Betreuungsgarantie – deutschlandweit für alle Kinder und Eltern. Jeder einzelne Tag, an dem Kinder frühkindliche und schulische Bildung genießen, vermehrt ihre Zukunftschancen. Gerade in Pandemiezeiten zeigt sich: Eine bundesweite Bildungs- und Betreuungsgarantie ist ein notwendiges Element für die dauerhafte Sicherung bester Bildungschancen. In Berlin möchten wir, dass Kitas flexiblere Öffnungszeiten haben und es auch sog. 24h-Stunden-KiTas gibt, die auch eine Betreuung für Kinder von Eltern ermöglicht, die im Schichtdienst arbei-

sche Förderung in Kitas und in der Tagespflege in quantitawollen wir den Besuch der eFÖB im 3. und 4. Jahrgang [...] Angehörige stärker zu unterstützen, werden wir mit einem Förderprogramm die Kurzzeitpflege weiter ausbauen und Wir [DIE LINKE] wollen den Rechtsanspruch auf vorschulitiver und qualitativer Hinsicht sicherstellen [...] Neben der für die Eltern kostenfrei verwirklichen [...] Um pflegende darf und deren Angehörige ein. Darüber hinaus setzt sich Förderung des Neubaus wollen wir verstärkt auch in die Versorgungslücken in der Tagespflege schließen [...] Darüber hinaus setzen wir uns für eine dauerhafte Finanzierichtung eines Landesbeirats für Menschen mit Pflegebe-Sanierung und Modernisierung und insbesondere in die rung von Selbsthilfeinitiativen in der Pflege und die Ein-Barrierefreiheit bestehender Kitas investieren [...] Um noch mehr Kindern gleiche Bildungschancen zu geben, DIE LINKE für öffentliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen (Gutscheinmodelle) ein [...]

5. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Minderung der Wohnungsnot in Berlin, zur Bekämpfung der wachsenden Diskriminierung (z.B. Herkunft, Hautfarbe, Einkommen) auf dem Wohnungsmarkt und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?

schließt, als unvereinbar mit den liberalen Werten an und setzen uns daher stark gegen Rassismus und Fremdenhass tolerant ist und alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können, unabhängig davon, woher sie kommen sinem gleichberechtigten Leben bezieht sich auf alle Berei ten, mit deren Hilfe wir vor allem mehr Wohnraum schaf-Wir [FDP] setzen uns dafür ein, dass Berlin weltoffen und schlechtliche Identität sie haben. Unsere Forderung nach che im Berliner Stadtleben und somit auch auf den Wohnungsmarkt. Wir sehen eine dortige Diskriminierung, die Menschen bspw. wegen ihrer Kultur oder Hautfarbe ausfen wollen und so den Wohnungsmarkt entlasten möchein. Mit unseren liberalen wohnungspolitischen Konzepten, wollen wir auch dafür sorgen, dass es für alle Menschen, aber auch für Alleinerziehende, leichter möglich und welche Religion, Kultur, Weltanschauung oder gesein wird, Wohnraum zu finden.

enen Wohnraum ist deswegen in der Berliner Verfassung ner besitzen, setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum in DIE LINKE. Berlin das Volksbegehren Deutsche Wohnen & schutz von Mieterinnen und Mietern ein und forcieren so-Wir stehen für Neubau, der sich am Bedarf der Berlinerinnen und Berliner statt am Gewinnstreben der Wohnungsches Eigentum überführen. Aus diesem Grund unterstützt Co enteignen. Gerade weil Frauen überproportional Mie-Zwangsräumungen verhindern und landeseigenen Wohnschützen wollen wir möglichst viele Wohnung in öffentliterinnen in Berlin sind, weniger Wohneigentum als Män-Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Das Recht auf angemesziales Handeln der städtischen Wohnbaugesellschaften. allen Bezirken ein. Unsere Strategie lautet: alten Wohnfestgeschrieben [...] Wir [DIE LINKE] setzen uns für den konzerne orientiert. Um Mieterinnen und Mietern zu raum bezahlbar halten, preiswerten neuen bauen, raum durch Ankauf vergrößern. [...] Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir [Bündnis90/Grüne] dafür, dass mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Bei der Planung von neuen Quartieren soll der Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen schen ohne sichere Deutschkenntnisse, Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das "geschützte Marktsegment"

...] Um den Mieter:innenschutz in Berlin zu verstärken, ist fen, um die Mieter:innen dieser Stadt zu schützen. Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird die SPD den bisherigen Kurs einer sozialen Mietgestaltung konsequent zu thematisieren, zu verarbeiten und ihr Recht auf Gleichmit geringen Einkommen helfen. Dem Bedarf an barriere-Mieter:innenberatung in den Bezirken eingeführt. Dieses nen und Menschen mit Behinderungen werden wir ausreichend nachkommen [...] Von Diskriminierung Betroffene behandlung durchzusetzen [...] Daher wollen wir eine Lan-Angebot werden wir weiterführen und ausbauen [...] Wir stützt werden, die eigenen Diskriminierungserfahrungen die SPD weiterhin entschlossen, alle Instrumente zu prü-Auszubildende beschleunigen und so jungen Menschen freien und rollstuhlgerechten Wohnungen für Senior:inmüssen durch mehrsprachige Hilfsangebote darin unterdesenquete-Kommission gegen Rassismus einrichten [...] werden das [...] Neubauprogramm für Studierende und fortsetzen. Zudem haben wir in Berlin eine kostenlose

Enteignungen und Mietendeckel werden das Problem steigender Mieten in Berlin nicht lösen können. Dadurch entsteht keine einzige neue Wohnung! Um Mieten stabil zu halten oder zu senken, müssen wir vor allem mehr, schnel-

ler und kostengünstiger bauen. Ziel der CDU ist es, 300.000 neue Wohnungen bis 2035 zu bauen. Dafür setzen wir auf ein breites Bündnis mit allen Akteuren der Wohnungs- und Immobilienbranche. Baugenehmigungsverfahren müssen verkürzt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Mit dem "Berliner Mietergeld" wollen wir Mieterinnen und Mieter entlasten, die keinen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, sich aber die

Mieten nur schwer leisten können. Außerdem müssen Mieterinnen und Mieter geschützt werden, indem die richtigen und wichtigen Maßnahmen des bundesweiten Mieterschutzes wie Mietpreisbremse und qualifizierter Mietspiegel konsequent durchgesetzt und kontrolliert werden.

Überparteiliche Fraueninitiative – Berlin Stadt der Frauen – e.V.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie persönlich/Ihre Fraktion vor, um der besonderen Situation wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, angesichts steigender Mieten und der Verdrängungsentwicklungen, u.a. durch größere Investoren-Aufkäufe?

wollen wir die Schwächsten unserer Gesellschaft schützen, Interbringungen bereitstellen und das Hilfesystem weiter-Schutzraum zu bieten. Sie sollen rund um die Uhr geöffnet ndem wir für die Versorgung von obdachlosen Menschen Die CDU steht hinter dem Ansatz von "Housing First". Vor entwickeln. Die während der Corona-Pandemie eingerichdauerhaft sichern, um Menschen von der Straße während teten temporären Unterkünfte für Obdachlose wollen wir Waschmöglichkeiten anzubieten, wollen wir das Modellprojekt "Badezimmer auf Rädern" ausbauen. Außerdem allem für benachteiligte Personengruppen wollen wir eieinen Vergütungstopf einrichten, der die stationären Be-Frauen und Familien wollen wir spezielle Angebote und nen besseren Zugang zu Wohnraum gewährleisten. Für des gesamten Jahres einen sicheren Schlafplatz und sein. Um Wohnungslosen einen mobilen Zugang zu handlungskosten übernimmt.

[...] Bezahlbarer Wohnraum ist der beste Schutz vor Woh-30 Frauen in eigenen Wohnraum vermittelt worden. Diese scheine. Darüber hinaus verfolgen wir [**DIE LINKE**] das Ziel, nungslosigkeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass der "Housing first"-Ansatz der richtige Weg in ein gesichertes selbstbestimmtes Leben ohne Obdachlosigkeit ist. Frauen Problemlage gibt es eigene "Housing-First"-Angebote, die gleichzeitig Beratungsangebote enthalten. Bis heute sind der Landesunternehmen wurden seit 2017 an Haushalte rechtigungsschein erfüllen [...] Somit übererfüllen die lan-Mehr als 60% der frei gewordenen Bestandswohnungen schriebenen prozentualen Wert für Wohnberechtigungsdie Wohnungslosigkeit in Berlin bis 2030 zu überwinden trifft ein Leben auf der Straße mit größeren Härten. Für von Wohnungslosigkeit betroffene Frauen mit multipler vergeben, die die Voraussetzungen für einen Wohnbedeseigenen Wohnungsunternehmen den ihnen vorge-Angebot gilt es weiter zu stärken und auszubauen.

Wir [SPD] wollen mehr Übergangsunterkünfte für wohnungslose Familien und Alleinerziehende in ganz Berlin einrichten. Wir setzen uns ein für feste (betreute) ganzjährige Wohnformen für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Vermittlung in dauerhaften Wohnraum. Insbesondere bei Frauen mit Kindern, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, ist der Bedarf drastisch gestiegen. Hier werden wir handeln und kieznahe Übernachtungsangebote ausbauen. Die Einrichtungen sollen auch auf die Belange von Frauen mit Behinderungen ausgerichtet sein. Um Obdachlosigkeit bei Frauen zu verhindern, wollen wir bestehende Angebote und Konzepte wie "Housing First" und die neu entstandenen Beratungsangebote ausbauen und verstetigen. Dies gilt besonders für kieznahe Angebote für Frauen mit

Ein wichtiges Modell, um wohnungslose Frauen zu schützen ist die Initiative "Housing First für Frauen", welches aus meiner Sicht [FDP] ausdrücklich mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung bekommen sollte. "Housing First für Frauen" ist ein Modellprojekt des Sozialdienstes katholischer Frauen, bei den speziell für Frauen Wohnungen angeboten werden, die unter multiplen Problemlagen (Psychische Erkrankungen, Suchterfahrung, sexualisierte Gewalterfahrung usw.) leiden und einen Zugang zu sicherem Wohnraum ohne Männer brauchen, um sich sicher zu fühlen. Damit wird eine Retraumatisierung dieser Frauen vermieden. Die Frauen bekommen erst die Wohnung und dann die gewünschte Hilfe (ohne Vorbedingungen). Es gibt keinerlei Sanktionen und die Mietzahlung wird bspw. durch Transferleistungen gesichert.

[...] Das Konzept "Housing First" ist erfolgreich, deswegen wollen wir [Bündnis90/Grüne] die Rahmenbedingungen verbessern. Wir setzen uns für ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein und werden diese deutlich ausbauen. Dabei stehen besonders verletzliche Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt. Außerdem möchten wir die Zahl der Notunterkünfte ausbauen, wobei ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen wie Frauen reserviert werden soll. Die Sicherheit in den Unterkünften muss gewährleistet sein [...]

Überparteiliche Fraueninitiative – Berlin Stadt der Frauen – e.V.

7. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)?

...] Wir werden Frauenhausplätze entsprechend der Istantistalking-Beratungsstelle gegen Cyberstalking und IT-Beraoul-Konvention – 2,5 Schutzplätze je 10.000 Einwohner:innen - vorhalten. Die Beratungsstellen sowie Frauenhäuser Revenge Porn nur mit geschultem Personal begegnen können stärken und die Täter:innenarbeit langfristig institutinen [...] Seit März 2018 gibt es bei Frieda e.V. die erste An tung. Darüber hinaus hat sich vor allem DIE LINKE. Im Ab-Beratung zu stärken. Zusätzlich haben wir 2020 eine Koorstellt werden. Zusätzlich werden wir präventive Maßnahonell finanzieren [...] Spezialisierte Staatsanwaltschaften werden neuen Formen der Gewalt wie Hate Speech und Zwangsverheiratung von Jungen und Mädchen Papatya e.V. durch Stellenaufbau und Mittelwuchs für die Onlinemüssen zeitnah auf datensichere Onlineberatung umgedinierungsstelle gegen Genitalverstümmelung in Berlin geordnetenhaus dafür eingesetzt, den Verein gegen beim Familienzentrum Balance eingerichtet [...]

gonnene Ausweitung der Bekämpfung organisierter Krimichen und mit den Ergebnissen die bereits existierende Prägen misogyne Gewalt entwickeln. Berlins große Landesunternehmen haben Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle [...] Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wolen wir [Bündnis90/Grüne] die Kategorie "geschlechtsbezogene Gewalt" in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle wolventionsarbeit stärken sowie langfristige Maßnahmen ge-Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dawird. Das Beratungs- und Behandlungsangebot zu Genitalnalität im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und wält*innen und Richter*innen wollen wir gezielt für das len wir Gewalt gegen Frauen in Berlin erfassen, untersufür gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werverstümmelung wollen wir weiter ausbauen und die be-Zwangsprostitution fortsetzen. Polizist*innen, Staatsanbung auf landeseigenen Werbeflächen ausgeschlossen Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden [...]

Die **SPD** Berlin setzt sich für eine genaue Erfassung von Gewalt- und Hassverbrechen gegen Frauen in der Polizeistatistik ein und die konsequente Verfolgung dieser Verbrechen online und offline [...] Polizeibeamte wollen wir hinsichtlich der spezifischen digitalen Gewalt- und Bedrohungsformen verstärkt fortbilden. Zudem werden wir eine entsprechende Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft und eine zentrale Melde- und Beratungsstelle für Opfer einrichten. Wir verstärken den Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution [...]

Die SPD Berlin will Frauen in die Planungen von öffentlichen Räumen einbeziehen, um beispielsweise die Entstehung von Angsträumen zu verhindern, sichere Wege zu schaffen und eine gerechte Nutzung für alle zu gewährleisten. Wir fördern einen besseren Schutz vor Übergriffen im Öffentlichen Nahverkehr durch bessere und kostengünstige Angebote in den Außenbezirken, das auch in den Nachtstunden aufrechterhalten werden.

Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt werden bis heute in der Öffentlichkeit weitgehend tabuisiert und verharmlost. Nirgends als zu Hause laufen Frauen häufiger Gefahr, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden und psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein. Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen sowie Interventionsstellen bieten misshandelten Frauen und ihren Kinder Zuflucht und Unterstützung. Einen

wichtigen Beitrag leisten auch Opferhilfeeinrichtungen wie z.B. die von uns ausgebaute Gewaltschutzambulanz. Für die Gewaltschutzambulanz streben wir [CDU] eine 24-stündige Verfügbarkeit an.

Schulen, kann oftmals aufgedeckte Fälle häuslicher Gewalt ahndet werden kann. Wir [FDP] begrüßen es, wenn die Ponerstellungsoperationen" von den Krankenkassen bezahlt lizei Anstrengungen unternimmt mehr Frauen – auch mit nen. Dies erleichtert es gerade weiblichen Opfern von Gewalt, eine Aussage zu machen. Im Hinblick auf die Genitallebammen und betroffenen Familien eine bessere Aufklä sondere die Präventionsarbeit als wesentlichen Bestandteil umfasst und eine bessere Koordinierung der beteilignicht weiterverfolgen, da die Vernetzung zur Beratungsstelle und/oder eine Finanzierung unzureichend vorhanden sind. Polizei und Justiz müssen gut ausgestattet sein, Migrationshintergrund – für den Polizeidienst zu gewinverstümmelung möchten wir, dass sogenannte "Wiederdamit in Gewaltsituationen schnell eingegriffen und ge-[...] Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept, das insbeten Akteure beinhaltet. Projektarbeit, zum Beispiel an werden. Zudem brauchen wir bei Ärztinnen und Ärzte,

8. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Sicherung und zum Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin, insbesondere von Frauenhäusern und von Frauenberatungsstellen?

Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zahlen häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie fordert die CDU Berlin, die Frauenhäuser zu stärken, das Angebot an Frauenhausplätzen dauerhaft zu erhöhen und die Beratungsmöglichkeiten sicherzustellen. Die Anzahl der zu schaffenden Plätze soll auf der Grundlage der Vorgabe gemäß Istanbul-Konvention erfolgen. Dabei soll sowohl die Bereitstellung von barrierefreien Plätzen für Frauen mit Behinderung sowie Plätze für Frauen mit älteren Söhnen mitbedacht werden. Niedrigschwellige Angebote für Frauen und Mädchen müssen so ausgestaltet sein, dass diese auch an den Mut finden, sich dort zu melden. Das Thema Gewalt gegen Frauen muss dafür wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und auch der Politik treten.

fenden Online-Registers zur Registrierung und Abfrage von rung und Frauen mit jugendlichen Kindern geschaffen werwerden. [...] Immer mehr Menschen suchen Rat, da sie erfreien Frauenhausplätzen. Um den Schutz der betroffenen zu unterstützen, ihre Angebote auch digital z.B. per Video-...] Wir [FDP] wollen die Einführung eines länderübergrei-Woche ausgebaut werden [...] Beratungsstellen sind darin Opfer sollte verstärkt per SMS oder Messenger-Dienst ancennen, dass sie Gefahr laufen, zu Täterinnen oder Tätern Frauen und Kinder sicherzustellen, ist die öffentliche Verauf eine Erreichbarkeit von 24 Stunden an 7 Tagen in der geboten werden. Diese digitalen Angebote sollen hierbei ausreichend barrierefreie Plätze für Frauen mit Behindeden [...] Die Hotline-Kapazitäten müssen in den Ländern konferenz anzubieten. Eine erste Kontaktaufnahme der in möglichst vielen verschiedenen Sprachen angeboten fügbarkeit der Daten einzuschränken. Wir wollen, dass zu werden oder es bereits sind, jedoch keine Ansprech-

partner finden [...]

fung von weiteren Frauenhausplätzen, Ausbau von Zweite-Stufe-Wohnungen, Stärkung der Wohnungsvermittlung für tutionellen Förderungen sowie für die Zuschusserhöhung die Fraueninfrastrukturstellen (FIS) von einem Sonderproenetats eingestellt. Zwei Millionen Euro stehen für Schaf-Beratungs- und Hilfsangebote – zuzüglich Mittel für Tarifand Sachkostenversorgung zur Verfügung. Wir bekennen uns auch zukünftig zu den Zielen der Istanbul-Konvention gramm auf reguläre finanzierte Projektstellen umgestellt Wir [DIE LINKE] wissen um die hervorragende Arbeit der Frauenprojekte. Wir setzen uns für den Ausbau von instirungsbeteiligung wurde die Finanzierungssystematik für [...] DIE LINKE Berlin hat in ihrer Regierungszeit 50% des obdachlose Frauen sowie Fortführung der bestehenden und treten für eine finanzielle Absicherung der Gewalt-Mittelaufwuchses in den Antigewaltbereich des Fraubei Tarifanpassungen ein [...] Während unserer Regie-

Frauenhaus. Auch die Beratung von Betroffenen haben wir nungs- und Obdachlose, und andere (mehrfach) marginalirung und Dokumentation nach Misshandlung und sexuali-[...] Wir [Bündnis90/Grüne] sind stolz, dass wir das siebte sierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt unterstütnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensichezen. Die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen, mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtswohsierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken etablieren [...] reichen jedoch nicht aus, darum fordern wir ein achtes von Räumlichkeiten für soziale Träger wollen wir als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern. nerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohausgebaut. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vul-

Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen einen adäquadurch unter anderem die Anmietung von Hotelzimmern si-Uns ist wichtig, dass dabei die Barrierefreiheit berücksich-Betreuung durch geschultes Personal. Zudem werden wir die Gewaltschutzambulanzen weiter fördern und zusätzlisie bekannter zu machen. Die Vorstellung von Kindern vor den Gewaltschutzambulanzen wird ebenfalls vereinfacht. nungen für Frauen, damit ihr Schutz gewährleistet ist. Bis chergestellt, dass jede Frau, die Schutz sucht, diesen auch die Anzahl der Gewaltschutzambulanzen und Frauenhäu-Dies betrifft nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch die [...] Auch wenn Berlin die Mindestanforderung der Istanbul-Konvention des Europarates erfüllt, wollen wir [SPD] tigt wird, damit alle Frauen gut versorgt werden können. che Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bereitstellen, um ten Ersatzraum in Frauenhäusern oder in Zufluchtswohdiese in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, wird ser in Berlin dem Bedarf entsprechend weiter erhöhen. bekommt [...]

9. Welche konkreten Vorschläge haben kationsrahmen vorgesehene gleichbemal und informell erworbener Kompeprofitieren würden, auf Landesebene Europäischen und Deutschen Qualifirechtigte Anerkennung auch non fortenzen, von der insbesondere Frauen Sie persönlich/Ihre Partei um die im **voranzutreiben?**

Hochschulzugangsgesetzes die Grundlage geschaffen, dass Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, dass inforcher und besser anerkannt werden. Als wichtigen Schritt mell und non-formal erworbene Kompetenzen einheitlihaben wir beispielsweise mit einer Novelle des Berliner auch außerschulische Kompetenzen besser bei der Stu-

dienplatzvergabe berücksichtigt werden.

demischen Berufsfeldern gewährt. Zur Anerkennung infor-

mell erworbener Kenntnisse muss das berufliche Bildungssystem durchlässiger werden. Das Land Berlin muss das Er-

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass ein Rah-

men für die Anerkennung dieser Kenntnisse ermöglicht wird und Ausbildungen modularer angeboten werden.

wachsenenbildungsgesetz um diesen Bereich ergänzen.

einem branchenüblichen Einstiegsgehalt auch in nicht-aka-

weiten Fachkräftemarkt zu erzielen. Die Freien Demokraten plädieren für eine reformierte Blue Card, die eine befristete Aufenthaltserlaubnis mit einem Arbeitsvertrag zu

chen, zu vereinfachen und so attraktiv wie möglich zu gestalten, um eine maximale Werbewirkung auf dem welt-

Im Wettbewerb um die klügsten Kopfe für unseren Arbeitsmarkt ist es notwendig, die Regeln zu vereinheitli-

> ung von Frauen und Männern einsetzen und dafür eintre-Die CDU Berlin wird sich auch weiterhin für die Gleichstelgleichen Chancen erhalten - persönlich, beruflich und faten, dass Frauen und Männer auf ihrem Lebensweg die

...] Die Prüfung von beruflichen Kompetenzen, die im Aus-

land und somit in anderen Ausbildungs- und Lernstruktu-

Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer vor. Sie prüfen bei Berufen, die in ihre jeweilige Zuständigkeit fallen und erteilen auf dieser Grundlage Pa-

ren informell erworben wurden, nehmen zumeist die

oiere für Bewerbungen. Wir [**Bündnis90/Grüne**] unterstüt zen dieses Vorgehen ausdrücklich und haben von Anfang

an bereitgestanden, diese Verfahren politisch zu unter-

stützen, wo es geboten ist [...]

per "Valikom" oder ähnlichen, um eine Gleichstellung mit formalen Bildungsabschlüssen vorzunehmen. Wir sind der dabei behilflich sein kann die Durchlässigkeit des Bildungs-Grund ist es wichtig, Projekte wie Valikom Transfer zu un-[...] Grundsätzlich unterstützt DIE LINKE die Anerkennung von non formalen und informellen Kompetenzen, ob nun Überzeugung, dass die Anerkennung sowie Zertifizierung Chancen für Qualifizierung und Arbeitstätigkeit zu bieten, systems zu erhöhen und Menschen /Quereinsteigenden die sie sonst nicht hätten. Gerade auch für Betriebe sind diese künftigen Fachkräfte sehr wertvoll. Aus diesem terstützen und fest in Berlin zu verankern.

10. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei, um die Frauen- und Geschlechterforschung an Berliner Hochschulen zu sichern und zu fördern?

Frauen sind nicht einfach nur "das andere Geschlecht", sondern haben teilweise ganz andere Bedürfnisse als Männer und diese müssen in unserer Gesellschaft ebenso beachtet und respektiert werden. Mir ist wichtig, dass die Forschung auf diesem Gebiet vorangetrieben wird, um für alle Menschen in unserem Land die besten Lebensbedingungen zu schaffen. Insbesondere in der Medizin gibt es hier noch einen großen Nachholbedarf. Als Modell der Medikation und Therapie von bestimmten Erkrankungen dient derzeit in weiten Teilen noch der Mann. Die unterschiedliche Symptomatik von Erkrankungen bei Mann und Frau führen aber leider auch heute noch zu einer teilweise schlechteren medizinischen Versorgung von Frauen. Wir [FDP] setzen uns dafür ein, dass die Geschlechterfor-

[FDP] setzen uns dafür ein, dass die Geschlechterforschung weiter ausgebaut und auch finanziell auf solide Füße gestellt wird.

Wir [DIE LINKE] sehen mit Sorge die zunehmenden antifeministischen Angriffe auf etablierte und neu entstehende eministische und antidiskriminierende Maßnahmen, Proenschaft. Insofern ist es für uns wichtig, die bestehenden complexen Problemfelder von Geschlecht (und deren Ungleichbehandlung), sozialer Herkunft und (vermeintlicher) Abstammung kritisch zu erforschen [...] Insofern steht es ür uns außer Frage, dass die Gender Studies einen festen antifeministischen Bedrohung nur durch den Aufbau und entgegengetreten werden kann und Antidiskriminierung an den Hochschulen wichtig ist. In den letzten Jahren haden Erhalt solidarischer Netzwerke im Hochschulbereich ben vor allem die Gender Studies dazu beigetragen, die jekte und Initiativen in der Gesellschaft und leider auch wieder zunehmend in der Wissenschaft und auf die Wisund neu entstehende Strukturen auf allen Ebenen polistimmen auch darin überein, dass der mehrschichtigen, tisch zu unterstützen und diese auszufinanzieren. Wir Platz in der Wissenschaft behalten werden. [...] Wo gegen Gender-, Queer- oder Diversityforschung gehetzt wird, treten wir [Bündnis90/Grüne] für den Schutz der freien Wissenschaft ein. Dafür wollen wir die grundsätzliche Gleichstellung im Berliner Hochschulgesetz weiter stärken und haben den Ansatz für das Berliner Chancengleichheitsprogramm bereits in dieser Legislatur erhöht. Über eine gute Vernetzung der Akteur*innen der Forschung zu Genderaspekten und geschlechterbedingter Diskriminierung wollen wir diesen Bereich weiter stärken. Einen zukünftigen Schwerpunkt sehen wir insbesondere in der genderbezogenen Gesundheitsforschung [...]

ung als Qualitätskriterium anerkennt und Parität auf allen strukturelle Barrieren, die Chancengleichheit beeinträchti-Mio. Euro werden jährlich für vorgezogene Nachfolgeberufristete W 2-Stellen im Bereich der Geschlechterforschung und in Fächern mit einer Unterrepräsentanz von Professo-Initiative der SPD wird das "Berliner Programm zur Förde-Lehre" (BCP) für weitere sechs Jahre verlängert [...] Mit eigen, abzubauen und die Repräsentanz von Frauen in Forschung und Lehre nachhaltig zu verbessern. [...] Rund 1,5 fungen von Frauen auf W 2- und W 3-Professuren, für be-Ebenen gewährt Dabei sind Erkenntnisse der Gender Stu-Die SPD tritt weiterhin in der Berliner Wissenschaftslandrung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Hochschulen zukünftig noch gezielter darin unterstützen, rinnen sowie für hochschulübergreifende innovative Proschaft für einen nachhaltigen Wandel ein, der Gleichsteldies von immenser gesellschaftlicher Bedeutung [...] Auf nem Volumen von ca. 3,8 Mio. Euro jährlich soll es die jekte zur Verfügung gestellt. Die **CDU** bekennt sich zur Unabhängigkeit der Wissenschaft und zur Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist. Wir sind stolz auf das breite und vielfältige Angebot unserer Hochschulen, in dem sich auch die Geschlechterforschung sowohl im Rahmen von Professuren, Forschungsschwerpunkten und -projekten als auch in Lehrveranstaltungen wiederfindet.

Überparteiliche Fraueninitiative – Berlin Stadt der Frauen – e.V.

11a) Welche Initiativen stellen Sie/Ihre Partei sich vor, um in der Kunst, der Kultur und in den Medien bei Führungspositionen, Besetzung von Jurys und Gremien sowie bei Entscheidungen über Stipendien oder Förderungen die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen?

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen ist für die **CDU** ein wichtiges Anliegen – auch im Bereich der Kunst und Kultur. Wir setzen uns für Gleichbehandlung ein und wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung. Unserer Gleichstellungspolitik liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft

leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Unser Ziel ist und bleibt eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesell-

DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, Kulturarbeit fair, divers und geschlechtergerecht zu gestalten [...] Leider unterliegt der Frauenanteil in Leitungspositionen im Kulturbereich immer noch großen Schwankungen [...] Daher heißt es in unserem Wahlprogramm 2021 dazu: "Unser Ziel ist, in der nächsten Legislaturperiode Geschlechterparität in den Leitungen der Kultureinrichtungen des Landes Berlin herzustellen. Durch eine stärkere konzeptionelle Untersetzung soll die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in den Kultureinrichtungen auf allen Ebenen systematisch vorangetrieben werden. Beratungsangebote für und Zielvereinbarungen mit den Kultureinrichtungen unterstützen dieses Vorhaben. Wir werden prüfen, ob sich die Vergabe von Fördermitteln an Standards der Geschlechtergerechtigkeit knüpfen lässt."

[...] setzen wir [**SPD**] uns für Parität in allen Führungspositionen der Stadt ein. Wir werden Gleichberechtigung auf allen Hierarchie-Ebenen vorleben, auch im Kulturbereich. Deshalb wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und darauf hinwirken, dass mehr Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen, im Senat und in der Verwaltung mit Frauen besetzt werden. Das schafft die politischen Voraussetzungen, damit Berlin zu einer wirklich gleichberechtigten Stadtgesellschaft in allen Bereichen des Zusammen-

en möglich sein. Wir erwarten vom öffentlichen Dienst als eine besondere Anstrengung, um gleichberechtigtes Arbei-Arbeitgeber und von öffentlich geförderten Einrichtungen Anspruch und Ziel sein. Eine ausgeglichene Repräsentation Wir [FDP] fordern mehr Diversität in Kultureinrichtungen. Amtszeit jeweils auf maximal zweimal fünf Jahre begrenzt. Künftig sollen so maximal zwei Amtszeiten mit je vier Jahdere auch in Führungspositionen. Eine Flexibilisierung der ches Diversity-Management auf allen Ebenen muss daher von Frauen und Männern in Führungspositionen ist unser ten von Frauen und Männern zu ermöglichen, insbeson-Arbeitszeit, mobiles Arbeiten, Jobsharing und ganzheitli-Dafür wollen wir auf den obersten Leitungsebenen von Kultureinrichtungen des Landes sowie bei Jurys mit Lan-Leitbild. Ebenso erwarten wir die Umsetzung einer Null-Toleranz-Strategie gegen sexuelle Belästigung in den gedesbeteiligung ein Rotationsprinzip einführen, das die

[...] Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen- Kollektive sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen sein. Wir [Bündnis90/Grüne] werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in Regiepositionen entgegenwirken – dort, woes sich wie beim Berliner Theatertreffen realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf im Kulturbereich ein

11b)Welche Vorstellungen haben Sie/Ihre Partei, um Frauen und ihre gesellschaftlichen Leistungen in der kulturellen Stadtentwicklung und in Ausstellungen (beispielhaft die Ausstellung "Berlin Stadt der Frauen" 2016 im Ephraim Palais) sichtbar zu machen?

[...] Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir einen Anfang gemacht. Wir [Bündnis90/Grüne] wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu einem wesentlichen Kriterium machen und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch die kulturellen Angebote selbst. Auch die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunstund Kulturszene muss verbessert werden [...]

Wir [CDU] unterstützen Projekte und Initiativen, durch die die Arbeit von Künstlerinnen in unserer Stadt öffentlich sichtbarer werden.

> Frauen sind im besonderen Maße im öffentlichen Stadtbild nehr Einzelausstellungen als Frauen erhalten [...] Wir woles von 2020 schließen wir uns an und unterstützen dieser DIE LINKE. Berlin hat großes Interesse daran, Frauen und unterrepräsentiert [...] Diesem Missstand sind wir uns bewusst und unterstützen auf Landes-wie auf Bezirksebene Ähnliches gilt für die Gedenktafeln. Darüber hinaus unterstützen wir bezirkliche Initiativen sowie Landesinitiativen, Künstlerinnen sichtbar zu machen und auszustellen. Dem rechtigkeit in Kultur und Medien des Deutschen Kulturrawelches besagt, dass Männer im Durchschnitt 22 Prozent Forderungskatalog zur Herstellung von Geschlechtergedie Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen. im Besonderen. Wir wissen um das Gender Show Gap, len gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich [...] ihre Lebensleistung anzuerkennen und zu würdigen.

Die **SPD** Berlin steht für eine Kulturpolitik, die die Vielfalt und Diversität der Stadt und ihrer Menschen abbildet und zukunftsweisende Offenheit lebt. Alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Ethnie, Geschlecht, Behinderung, sexuellen Identität oder Religion sollen Zugang zur Berliner Kultur haben. Wir wollen eine Kultur für alle, mit allen und von allen.

Wir [FDP] erwarten, dass öffentlich finanzierte Einrichtungen bei der Vergabe von Stipendien und von Ausstellungen Vielfalt beachten. Diese sollten als Vorbild agieren und entsprechend vorangehen. Wir erachten die Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille als ein sehr gutes Zeichen, um besondere gesellschaftliche und kulturelle Leistungen von Frauen sichtbar zu machen.

Überparteiliche Fraueninitiative – Berlin Stadt der Frauen – e.V.

12. Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?

Die Beantwortung der Wahlprüfsteine erfolgte zentral durch den CDU Landesverband Berlin, sodass eine individuelle Antwort an dieser Stelle nicht mög-

[...] Wir [FDP] setzen uns dafür ein, dass Mädchen und Frauen in den sogenannten MINT- Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) die gleichen Chancen haben wie Jungen und Männer. Dabei setzen wir vor allem auf Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter, die im Rahmen der Berufsorientierung flächendeckend Schulen besuchen, um ein positives Bild der MINT-Berufe zu vermitteln [...]

[...] digitale Gewalt und Hasskriminalität muss konsequent mit darauf spezialisierten Kräften in Polizei und Justiz geahndet werden [...] Die Aufklärung über Formen und Folgen von digitaler Gewalt wollen wir starken. Deshalb fordern wir analog zur Landeszentrale für politische Bildung eine Landeszentrale für digitale Bildung, Aufklärung über Cybermobbing und Onlinemissbräuche an Schulen, in Sportvereinen und an anderen Bildungseinrichtungen sowie eine verstärkte Forschung zu dem Thema an den Hochschulen.

Einen weiteren Schwerpunkt legt **DIE LINKE**. Berlin auf die Stärkung der Alleinerziehenden. Die bezirkliche Unterstützungsstruktur der Koordinierungsstellen für Alleinerziehende ist hier zentral wichtig und muss mit den geplanten neuen Berater:innenstellen weiter ausgebaut und perspektivisch institutionalisiert werden [...] Ergänzend dazu fordern wir die Einrichtung von Familienservicebüros bei allen bezirklichen Jugendämtern [...] Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung [...] die bezirklich organisierte flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende auf alle Bezirke auszuweiten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die geschlechtergerechte Digitalisierung [...] Ziel aller frauenpolitischen Gruppen und uns muss es sein, eine feministische Perspektive dort einzubringen und diese auch einzufordern. Diesen Partizipationsprozess gilt es jetzt zu organisieren. Frauen dürfen in der digitalen Transformation nicht abgehängt und Verliererinnen werden. Das Hauptaugenmerk muss auf Ausbildung-, Weiterbildung-, und Fördermaßnahmen gelegt

[...] Durch eine grüne Initiative im Abgeordnetenhaus ist es uns gelungen, das Gender-Budgeting in Berlin neu auszurichten [...] Wir [Bündnis90/Grüne] wollen ein Controllingsystem, ein Gender-Budgeting-Referat sowie einen Beirat aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft einrichten. Wir werden prüfen, wie weitere Diversitätskriterien im Gender Budgeting integriert werden können. Auch künftige Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten.

Um systematisch in allen Bereichen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellt [...]

- [...] Neben den oben genannten Forderungen und Maßnahmen kämpft die **SPD** Berlin für:
- eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit: Frauen werden gleichberechtigte Teilhabe nur erreichen, wenn eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Familien unterstützt und gefördert wird [...]
- starke Wirtschaft durch starke Frauen: Wir unterstützen Gründerinnen in der Stadt und wollen den Anteil der Gründerinnen von derzeit 15,7 Prozent deutlich erhöhen und werden entsprechende Unterstützungs- und Förderprogramme entwickeln. Diese Unternehmerinnen sind Vorbilder für die nächsten Generationen junger Frauen. Ihre Erfolge wollen wir sichtbar machen, indem wir branchentypische Netzwerkveranstaltungen auch finanziell unterstützen sowie gründerinnenspezifische Coachingprogramme aufbauen bzw. stärken.



ANTWORTEN DER CDU BERLIN AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE DER ÜBERPARTEILICHEN FRAUENINITIATIVE "BERLIN – STADT DER FRAUEN"

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021

1. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Paritätsgesetzes in Berlin, das die Parteien verpflichten soll, einen höheren Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen?

Antwort:

Wir wollen, dass sich mehr Frauen in Parteien engagieren und auch bereit sind, politische Mandate und Funktionen zu übernehmen. Das Ziel, den Anteil von Frauen in den Parlamenten zu erhöhen, ist zweifelsohne richtig. Allerdings halten wir das Paritätsgesetz als Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, für untauglich. Wie schon das Brandenburger Verfassungsgericht hier zutreffend entschieden hat, würde das Paritätsgesetz unzulässig den Grundsatz der Freiheit der Wahl verletzen, der für die Parteien auch schon vor der Wahl, mithin bei Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten, gilt. Der Prozess der Aufstellung bestimmter Bewerberinnen und Bewerber muss zu Recht von staatlicher Einflussnahme freigehalten werden. Das Paritätsgesetz in Brandenburg ist mit dieser völlig zutreffenden Begründung für nichtig erklärt worden. Die erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken mit Blick auf die Einführung eines Paritätsgesetzes nehmen wir sehr ernst und lehnen deswegen Änderungen der gesetzlichen Regelungen zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen in dieser Hinsicht ab.

2. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/innen in Berlin (Abgeordnetenhaus und BVV)?

Antwort:

Ein Kommunalwahlrecht für EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung existiert bereits. Es kann also hier lediglich noch um die Frage eines Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-Ausländer gehen.

Ein allgemeines kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländerinnen und - Ausländer lehnt die CDU Berlin ab. Stattdessen werben wir bei denen, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind, dass sie die Möglichkeit nutzen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen. Sie bringt die vollen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, mithin auch das Wahlrecht auf kommunaler wie auch auf Landes- und Bundesebene.

3. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit, Pflege, Soziales) in Berlin?

Antwort:

Die Menschen in den Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen leisten großartige Arbeit für unsere Gesellschaft – und zwar nicht erst seit der Corona-Pandemie - und verdienen unsere volle Unterstützung. Wir wollen die Bezahlung in allen Gesundheits- und Pflegeberufen stärken und dafür sorgen, dass die wichtige Arbeit, die hier geleistet wird, angemessen entlohnt wird. Wir setzen uns auch für eine deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher (z.B. wie nach TVöD) ein. Außerdem wollen wir dafür werben, dass die sog. Fürsorgeberufe eine noch größere gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

4. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für eine Sicherstellung und Verstärkung aller gesellschaftlichen Angebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern/unterstützen (u.a. Ausbau des Betreuungsangebots in Kitas, Ganztagsschulen, Pflege-Unterstützung)?

Antwort:

Familien benötigen Freiräume, um über ihr Familienmodell, die Kindererziehung und die Balance von Familien- und Erwerbsarbeit frei entscheiden zu können. Dazu gehören eine verlässliche und flächendeckende Infrastruktur zur Kinderbetreuung und Pflegeunterstützung ebenso wie die Wertschätzung von Familienarbeit durch Mütter und Väter. Damit der Kita-Ausbau in Berlin schneller vorangeht, brauchen wir vor allem mehr und besser bezahlte, motivierte Erzieherinnen und Erzieher, die auch wirklich Zeit für die Kinder haben. Wir wollen auch mehr und flexiblere Betreuungsangebote schaffen, z.B. durch die bedarfsgerechte Einführung einer 24-Stunden-Kita in jedem Bezirk oder die Förderung und Stärkung von Betriebskindergärten. Außerdem wollen wir auch familienfreundliche Arbeitsmodelle fördern, damit Familien mehr Zeit füreinander und miteinander haben.

5. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Minderung der Wohnungsnot in Berlin, zur Bekämpfung der wachsenden Diskriminierung (z.B. Herkunft, Hautfarbe, Einkommen) auf dem Wohnungsmarkt und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?

Antwort:

Enteignungen und Mietendeckel werden das Problem steigender Mieten in Berlin nicht lösen können. Dadurch entsteht keine einzige neue Wohnung! Um Mieten stabil zu halten oder zu senken, müssen wir vor allem mehr, schneller und kostengünstiger bauen. Ziel der CDU ist es, 300.000 neue Wohnungen bis 2035 zu bauen. Dafür setzen wir auf ein breites Bündnis mit allen Akteuren der Wohnungs- und Immobilienbranche. Baugenehmigungsverfahren müssen verkürzt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Mit dem "Berliner Mietergeld" wollen wir Mieterinnen und Mieter entlasten, die keinen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, sich aber die Mieten nur schwer leisten können. Außerdem müssen Mieterinnen und Mieter geschützt werden, indem die richtigen und wichtigen Maßnahmen des bundesweiten Mieterschutzes wie Mietpreisbremse und qualifizierter Mietspiegel konsequent durchgesetzt und kontrolliert werden.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie persönlich/Ihre Fraktion vor, um der besonderen Situation wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, angesichts steigender Mieten und der Verdrängungsentwicklungen, u.a. durch größere Investoren-Aufkäufe?

Antwort:

Die CDU steht hinter dem Ansatz von "Housing First". Vor allem für benachteiligte Personengruppen wollen wir einen besseren Zugang zu Wohnraum gewährleisten. Für Frauen und Familien wollen wir spezielle Angebote und Unterbringungen bereitstellen und das Hilfesystem weiterentwickeln. Die während der Corona-Pandemie eingerichteten temporären Unterkünfte für Obdachlose wollen wir dauerhaft sichern, um Menschen von der Straße während des gesamten Jahres einen sicheren Schlafplatz und Schutzraum zu bieten. Sie sollen rund um die Uhr geöffnet sein. Um Wohnungslosen einen mobilen Zugang zu Waschmöglichkeiten anzubieten, wollen wir das Modellprojekt "Badezimmer auf Rädern" ausbauen. Außerdem wollen wir die Schwächsten unserer Gesellschaft schützen, indem wir für die Versorgung von obdachlosen Menschen einen Vergütungstopf einrichten, der die stationären Behandlungskosten übernimmt.

7. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)

Antwort:

Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt werden bis heute in der Öffentlichkeit weitgehend tabuisiert und verharmlost. Nirgends als zu Hause laufen Frauen häufiger Gefahr, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden und psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein. Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen sowie Interventionsstellen bieten misshandelten Frauen und ihren Kinder Zuflucht und Unterstützung. Einen

wichtigen Beitrag leisten auch Opferhilfeeinrichtungen wie z.B. die von uns ausgebaute Gewaltschutzambulanz. Für die Gewaltschutzambulanz streben wir eine 24-stündige Verfügbarkeit an.

8. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Sicherung und zum Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin, insbesondere von Frauenhäusern und von Frauenberatungsstellen?

Antwort:

Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zahlen häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie fordert die CDU Berlin, die Frauenhäuser zu stärken, das Angebot an Frauenhausplätzen dauerhaft zu erhöhen und die Beratungsmöglichkeiten sicherzustellen. Die Anzahl der zu schaffenden Plätze soll auf der Grundlage der Vorgabe gemäß Istanbul-Konvention erfolgen. Dabei soll sowohl die Bereitstellung von barrierefreien Plätzen für Frauen mit Behinderung sowie Plätze für Frauen mit älteren Söhnen mitbedacht werden. Niedrigschwellige Angebote für Frauen und Mädchen müssen so ausgestaltet sein, dass diese auch an den Mut finden, sich dort zu melden. Das Thema Gewalt gegen Frauen muss dafür wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und auch der Politik treten.

9. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die im Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen vorgesehene gleichberechtigte Anerkennung auch non formal und informell erworbener Kompetenzen, von der insbesondere Frauen profitieren würden, auf Landesebene voran zu treiben?

Antwort:

Die CDU Berlin wird sich auch weiterhin für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen und dafür eintreten, dass Frauen und Männer auf ihrem Lebensweg die gleichen Chancen erhalten - persönlich, beruflich und familiär.

10. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die Frauen- und Geschlechterforschung an Berliner Hochschulen zu sichern und zu fördern?

Antwort:

Die CDU bekennt sich zur Unabhängigkeit der Wissenschaft und zur Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist. Wir sind stolz auf das breite und vielfältige Angebot unserer Hochschulen, in dem sich auch die Geschlechterforschung sowohl im Rahmen von Professuren, Forschungsschwerpunkten und -projekten als auch in Lehrveranstaltungen wiederfindet.

11. Geschlechtergerechtigkeit im und durch den Kulturbereich (2 Fragen):

Welche Initiativen stellen Sie/Ihre Partei sich vor, um in der Kunst, der Kultur und in den Medien bei Führungspositionen, Besetzung von Jurys und Gremien sowie bei Entscheidungen über Stipendien oder Förderungen die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen?

Antwort:

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen ist für die CDU ein wichtiges Anliegen – auch im Bereich der Kunst und Kultur. Wir setzen uns für Gleichbehandlung ein und wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung. Unserer Gleichstellungspolitik liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Unser Ziel ist und bleibt eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Welche Vorstellungen haben Sie/Ihre Partei, um Frauen und ihre gesellschaftlichen Leistungen in der kulturellen Stadtentwicklung und in Ausstellungen (beispielhaft die Ausstellung "Berlin Stadt der Frauen" 2016 im Ephraim Palais) sichtbar zu machen?

Antwort:

Wir unterstützen Projekte und Initiativen, durch die die Arbeit von Künstlerinnen in unserer Stadt öffentlich sichtbarer werden.

12. Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?

Antwort:

Die Beantwortung der Wahlprüfsteine erfolgte zentral durch den CDU Landesverband Berlin, sodass eine individuelle Antwort an dieser Stelle nicht möglich ist. Antworten von Cornelia Seibeld, MdA, auf die Wahlprüfsteine der Überparteilichen Fraueninitiative "Berlin – Stadt der Frauen" zur Abgeordnetenhauswahl 2021

1. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Paritätsgesetzes in Berlin, das die Parteien verpflichten soll, einen höheren Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen?

Antwort:

Das Ziel, mehr Frauen in die Parlamente zu bringen, ist Zweifels ohne richtig. Allerdings halten wir das Paritätsgesetz als Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, für untauglich. Wie schon das Brandenburger Verfassungsgericht hier zutreffend entschieden hat, würde das Paritätsgesetz unzulässig den Grundsatz der Freiheit der Wahl verletzen, der für die Parteien auch schon vor der Wahl, mithin bei Aufstellung der Kandidaten, gilt. Der Prozess der Aufstellung bestimmter Bewerberinnen und Bewerber muss zu Recht von staatlicher Einflussnahme freigehalten werden. Das Paritätsgesetz in Brandenburg ist mit dieser zutreffenden Begründung für nichtig erklärt worden. Wir werden also nach anderen Wegen suchen müssen, um den Anteil der Frauen in deutschen Parlamenten zu erhöhen.

2. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/innen in Berlin (Abgeordnetenhaus und BVV)?

Antwort:

Ein Kommunalwahlrecht für EU-Ausländer bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung existiert bereits. Es kann also hier lediglich noch um die Frage eines Kommunalwahlrechts für Nicht-EU-Ausländer gehen.

Tatsächlich lässt das Grundgesetz eine weitergehende Regelung zum Ausländerwahlrecht ohne eine Grundgesetzänderung nicht zu. Aus Art. 20 GG ergibt sich, dass das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland Träger und Subjekt der Staatsgewalt ist, also diese über Wahlen ausübt. Dies gilt über Art. 28 Abs. 1 S. 1 u 2 GG ebenso für Länder und Kommunen. Die Ausnahme für EU-Ausländer auf Kommunalebene ist in Art. 28 Abs. 1 S. 3 GG explizit geregelt.

Unabhängig von dieser rechtlichen Bewertung halten wir es auch für richtig, dass – mit der genannten Ausnahme – nur deutsche Staatsbürger wählen dürfen. Das Wahlrecht ist gedanklich daran geknüpft, sich planmäßig dauerhaft in Deutschland aufzuhalten. Nur dann soll es die Möglichkeit geben, die Staatsgewalt auszuüben, wie es das Grundgesetz nennt – also zu wählen. Wer sich aber dauerhaft in Deutschland aufhalten möchte, über einen entsprechenden Aufenthaltsstatus verfügt und die deutsche Sprache gut spricht, kann die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen und in der Regel auch erhalten. Letztlich halten wir es für den –

nicht zwingenden aber erstrebenswerten – Integrationserfolg, auch die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

3. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit, Pflege, Soziales) in Berlin?

Antwort:

Die Menschen in den Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen leisten großartige Arbeit für unsere Gesellschaft und verdienen unsere volle Unterstützung. Wir wollen die Bezahlung in allen Gesundheits- und Pflegeberufen stärken und dafür sorgen, dass die wichtige Arbeit, die hier geleistet wird, angemessen entlohnt wird. Wir setzen uns auch für eine deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher ein. Außerdem wollen wir dafür werben, dass die sog. Fürsorgeberufe eine noch größere gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

Berlin hat als Bundesland hier nur die Möglichkeit, die Arbeitnehmer in den landeseigenen Betrieben besser zu bezahlen. Die anderen Stellschrauben sind Bundesthemen. Zum einen kann eine bessere Bezahlung über den Mindestlohn und die damit einhergehende automatische Anhebung auch der besser bezahlten Berufe erreicht werden. Dies halte ich allerdings persönlich für den schlechteren Weg.

Richtiger erscheint mir, diese Besserbezahlung über die Zahlungen in der Pflege- und Krankenversicherung (und entsprechende Tarifverträge) sicher zu stellen. Allerdings müssen wir uns auch dessen bewusst sein, dass dies zu einer Anhebung der Beiträge in der Kranken- und Pflegeversicherung führen muss – und möglicher Weise auch zu einer Umstellung unseres gesamten Krankenversicherungssystems.

4. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für eine Sicherstellung und Verstärkung aller gesellschaftlichen Angebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern/unterstützen (u.a. Ausbau des Betreuungsangebots in Kitas, Ganztagsschulen, Pflege-Unterstützung)?

Antwort:

Familien benötigen Freiräume, um über ihr Familienmodell, die Kindererziehung und die Balance von Familien- und Erwerbsarbeit frei entscheiden zu können. Dazu gehören eine verlässliche und flächendeckende Infrastruktur zur Kinderbetreuung und Pflegeunterstützung ebenso wie die Wertschätzung von Familienarbeit durch Mütter und Väter. Damit der Kita-Ausbau in Berlin schneller vorangeht, brauchen wir vor allem mehr und besser bezahlte, motivierte Erzieherinnen und Erzieher, die auch wirklich Zeit für die Kinder haben. Wir wollen auch mehr und flexiblere Betreuungsangebote schaffen, z.B. durch die bedarfsgerechte Einführung einer 24-Stunden-Kita in jedem Bezirk oder die Förderung und Stärkung von Betriebskindergärten. Außerdem wollen wir auch familienfreundliche Arbeitsmodelle fördern, damit Familien mehr Zeit füreinander und miteinander haben.

Die Einführung der Elternzeit auch durch Frau von der Leyen in ihrer Zeit als Familienministerin war ein wesentlicher gesellschaftlicher Baustein, um Elternschaft mehr in das Bewusstsein von Arbeitgebern zu rücken. Damit ist ein erster wichtiger Schritt getan.

Manches wird auch der Markt regeln, da viele Unternehmer längst festgestellt haben, dass es uns an Fachkräften mangelt und es sich absolut lohnt, junge Eltern im Unternehmen zu halten und ihnen Möglichkeiten zu bieten, beides miteinander zu vereinbaren – Familie und Beruf. Aber natürlich sind dem Grenzen gesetzt.

Jede Mutter und auch jeder Vater soll die Möglichkeit haben frei zu entscheiden, ob er arbeiten möchte und dies bejahendenfalls in Teilzeit oder Vollzeit tun möchte. Für die verschiedenen Lebensmodell muss der Staat entsprechende Kinderbetreuungsmodell anbieten. Sie müssen flexibel genug sein, um Eltern tatsächlich die freie Wahl zu lassen. Insbesondere müssen sie auch Tätigkeiten im Schichtbetrieb und im Einzelhandel berücksichtigen.

Dabei muss es nicht immer die 24/7 Kita sein. Es können auch die flexible Tagesmutter oder der Zusammenschluss von Müttern im gleichen Haus sein. Und schließlich müssen es sich – auch mit Blick auf die Rente – junge Eltern auch leisten können, sich zu entscheiden, dass einer oder abwechselnd beide Elternteile für einen gewissen Zeitraum zu Hause bleiben und die Betreuung ihres Kindes allein übernehmen.

Dabei hat für mich kein Familienmodell Priorität. Es kommt mir allein darauf an, dass sich Eltern entsprechend ihrer persönlichen Bedürfnisse sowie der ihrer Kinder frei entscheiden können.

5. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Minderung der Wohnungsnot in Berlin, zur Bekämpfung der wachsenden Diskriminierung (z.B. Herkunft, Hautfarbe, Einkommen) auf dem Wohnungsmarkt und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?

Antwort:

Enteignungen und Mietendeckel werden das Problem steigender Mieten in Berlin nicht lösen können. Dadurch entsteht keine einzige neue Wohnung! Um Mieten stabil zu halten oder zu senken, müssen wir vor allem mehr, schneller und kostengünstiger bauen. Ziel der CDU ist es, 300.000 neue Wohnungen bis 2035 zu bauen. Dafür setzen wir auf ein breites Bündnis mit allen Akteuren der Wohnungs- und Immobilienbranche. Baugenehmigungsverfahren müssen verkürzt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Mit dem "Berliner Mietergeld" wollen wir Mieterinnen und Mieter entlasten, die keinen Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben, sich aber die Mieten nur schwer leisten können. Außerdem müssen Mieterinnen und Mieter geschützt werden, indem die richtigen und wichtigen rechtlichen Instrumente wie Mietpreisbremse, qualifizierter Mietspiegel, Wucherparagraph, Sittenwidrigkeit konsequent durchgesetzt und kontrolliert werden.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie persönlich/Ihre Fraktion vor, um der besonderen Situation wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, angesichts steigender Mieten und der Verdrängungsentwicklungen, u.a. durch größere Investoren-Aufkäufe?

Antwort:

Die CDU steht hinter dem Ansatz von "Housing First". Vor allem für benachteiligte Personengruppen wollen wir einen besseren Zugang zu Wohnraum gewährleisten. Für Frauen und Familien wollen wir spezielle Angebote und Unterbringungen bereitstellen und das Hilfesystem weiterentwickeln. Die während der Corona-Pandemie eingerichteten temporären Unterkünfte für Obdachlose wollen wir dauerhaft sichern, um Menschen von der Straße während des gesamten Jahres einen sicheren Schlafplatz und Schutzraum zu bieten. Sie sollen rund um die Uhr geöffnet sein. Um Wohnungslosen einen mobilen Zugang zu Waschmöglichkeiten anzubieten, wollen wir das Modellprojekt "Badezimmer auf Rädern" ausbauen. Außerdem wollen wir die Schwächsten unserer Gesellschaft schützen, indem wir für die Versorgung von obdachlosen Menschen einen Vergütungstopf einrichten, der die stationären Behandlungskosten übernimmt.

Wohnungslosigkeit hat ihre Ursache bei Frauen und Männern gleichermaßen in der Regel nicht in der Verteuerung und Verknappung von Wohnraum. Meist hat Wohnungslosigkeit multiple Ursachen und ist auch nicht mit einem einfachen Angebot bezahlbaren Wohnraums zu lösen. Insofern greift die Frage hier zu kurz.

Richtig ist allerdings, dass Frauen auf der Straße andere Angebote und Ansprachen brauchen als Männer. Zum Glück ist Wohnungslosigkeit auch dank der großartigen Öffentlichkeitsarbeit von Dieter Puhl, aber auch der gesamten Stadtmission, ein großes gesellschaftliches Thema geworden. Das auch dank der DB finanzierte Hygienezentrum im Bahnhof Zoo für Obdachlose bietet vielen Menschen die so dringend notwendige Möglichkeit zu duschen, sich die Haare schneiden zu lassen u.ä. Tatsächlich wären gerade für Frauen auch mobile Hygienezentren wünschenswert und eine große Erleichterung, wie es sie z.B. in Warschau gibt.

7. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)

Antwort:

Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt werden bis heute in der Öffentlichkeit weitgehend tabuisiert und verharmlost. Nirgends als zu Hause laufen Frauen häufiger Gefahr, Opfer eines Gewaltdelikts zu werden und psychischer, körperlicher oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein. Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen sowie Interventionsstellen bieten misshandelten Frauen und ihren Kinder Zuflucht und Unterstützung. Einen wichtigen Beitrag leisten auch Opferhilfeeinrichtungen wie z.B. die von uns ausgebaute Gewaltschutzambulanz. Für die Gewaltschutzambulanz streben wir eine 24-stündige Verfügbarkeit an.

8. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Sicherung und zum Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin, insbesondere von Frauenhäusern und von Frauenberatungsstellen?

Antwort:

Insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zahlen häuslicher Gewalt während der Corona-Pandemie fordert die CDU Berlin, die Frauenhäuser zu stärken, das Angebot an Frauenhausplätzen dauerhaft zu erhöhen und die Beratungsmöglichkeiten sicherzustellen. Die Anzahl der zu schaffenden Plätze soll auf der Grundlage der Vorgabe gemäß Istanbul-Konvention erfolgen. Dabei soll sowohl die Bereitstellung von barrierefreien Plätzen für Frauen mit Behinderung sowie Plätze für Frauen mit älteren Söhnen mitbedacht werden. Niedrigschwellige Angebote für Frauen und Mädchen müssen so ausgestaltet sein, dass diese auch an den Mut finden, sich dort zu melden. Das Thema Gewalt gegen Frauen muss deshalb wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit und auch der Politik treten.

9. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die im Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen vorgesehene gleichberechtigte Anerkennung auch non formal und informell erworbener Kompetenzen, von der insbesondere Frauen profitieren würden, auf Landesebene voran zu treiben?

Antwort:

Die CDU wird im Land Berlin in Zusammenarbeit mit Handwerkskammern und IHK eine Bundesratsinitiative unterstützen oder initiieren, mit der auf Basis der Validierungsempfehlungen des EU-Parlamentes von 2012 im Bundesbildungsgesetz entsprechende Regelungen für die Anerkennung non formal oder informell erworbener Kompetenzen verankert werden können. Diese Regelungen sollen dazu beitragen, dass Wissen und Kompetenzen, die außerhalb der formalen Bildungsstrukturen – bei der Arbeit, zu Hause oder durch Freiwilligentätigkeiten – erworben werden, leichter festgestellt und bescheinigt werden können.

10. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die Frauen- und Geschlechterforschung an Berliner Hochschulen zu sichern und zu fördern?

Antwort:

Die CDU bekennt sich zur Unabhängigkeit der Wissenschaft und zur Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen, so wie sie im Grundgesetz festgelegt ist. Wir sind stolz auf das breite und vielfältige Angebot unserer Hochschulen, in dem sich auch die Geschlechterforschung sowohl im Rahmen von Professuren, Forschungsschwerpunkten und -projekten als auch in Lehrveranstaltungen wiederfindet.

11. Geschlechtergerechtigkeit im und durch den Kulturbereich (2 Fragen):

Welche Initiativen stellen Sie/Ihre Partei sich vor, um in der Kunst, der Kultur und in den Medien bei Führungspositionen, Besetzung von Jurys und Gremien sowie bei Entscheidungen über Stipendien oder Förderungen die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen?

Antwort:

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen ist für die CDU ein wichtiges Anliegen – auch im Bereich der Kunst und Kultur. Wir setzen uns für Gleichbehandlung ein und wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung. Unserer Gleichstellungspolitik liegt der Ansatz zugrunde, dass wir in einer freien Gesellschaft leben, in der sich jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Ethnie und anderen Merkmalen frei entfalten und entwickeln können soll. Dank des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wurden und werden Diskriminierungen erfolgreich beseitigt und verringert. Unser Ziel ist und bleibt eine diskriminierungsfreie Gesellschaft. Deshalb wollen wir bestehende Diskriminierungen weiter abbauen und setzen dabei verstärkt auf Bündnisse mit und im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft

Welche Vorstellungen haben Sie/Ihre Partei, um Frauen und ihre gesellschaftlichen Leistungen in der kulturellen Stadtentwicklung und in Ausstellungen (beispielhaft die Ausstellung "Berlin Stadt der Frauen" 2016 im Ephraim Palais) sichtbar zu machen?

Antwort:

Wir unterstützen Projekte und Initiativen, durch die die Arbeit von Künstlerinnen in unserer Stadt öffentlich sichtbarer wird.

12. Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?

Antwort:

Ich wünsche mir, dass wir uns weniger mit gendergerechter Sprache und anderen Formalien befassen, sondern stattdessen die frei werdenden finanziellen Mittel in der Ausbau der Kinderbetreuung und die Qualifizierung von Frauen stecken. Statt für 500.000,00 EUR das Studentenwerk in Studierendenwerk umzubenennen, hätte ich mir lieber eine 24h-Kita gewünscht.

Und ich wünsche mir, dass Frauen nicht nur mutiger, sondern auch lauter und selbstbewusster werden und ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft einfordern. Dazu gehört allerdings in gleichem Maße, dass die Männer Aufgaben in Familie und Haushalt mit übernehmen. Ein Ausbau möglichst verbindlichen Elternzeit auch für Väter wäre hier ein guter Anfang.

30. April 2021



DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen e.V. per Mail an: carola.vonbraun@t-online.de

Sebastian Koch Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01 Telefax +49 30 / 24 00 92 60 sebastian.koch@dielinke.berlin www.dielinke.berlin

Berlin, den 29. April 2021

Betr. Wahlprüfstein von Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen e.V.

Sehr geehrte Frau von Braun,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von Überparteiliche Fraueninitiative Berlin - Stadt der Frauen e.V. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

1. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Paritätsgesetzes in Berlin, das die Parteien verpflichten soll, einen höheren Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen?

DIE LINKE. Berlin drängt darauf, dass im Abgeordnetenhaus Männer und Frauen möglichst zu gleichen Teilen vertreten sind. Momentan liegt der Anteil von weiblichen Abgeordneten nur bei 33 Prozent. Frauen sind strukturell unterdurchschnittlich in der Politik vertreten. Aus diesem Grund hat die Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus bereits im Mai 2019 einen Gesetzesentwurf formuliert und den Koalitionspartnern vorgelegt. Leider waren die anderen beiden Parteien nicht in gleichem Maße gewillt, ernsthafte Veränderungen anzustoßen.

Auch wenn die Brandenburger und Thüringer Verfassungsgerichte die jeweiligen Paritätsgesetze gekippt haben, hält DIE LINKE. Berlin an der Umsetzung des Gesetzes fest, da die Begründungen der Urteile allein auf konkreten Umständen der jeweiligen Bundesländer beruhten und nicht allgemeingültig auf andere übertragen werden können. Auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts steht unserer Ansicht nach einem Paritätsgesetz nicht entgegen, da dieses lediglich die Pflicht zu einem Paritätsgesetz verneint hat.

In unserem Wahlprogramm 2021 heißt es dazu: "Wir setzen uns weiterhin für ein Wahlgesetz zur paritätischen Aufstellung der Wahlkreis- und Listenbewerber:innen ein, als verfassungsrechtlich gebotenes Mittel, um die Durchsetzung der gleichberechtigten demokratischen Teilhabe aller Geschlechter zu ermöglichen. Dazu werden wir alle rechtlichen Mittel weiter prüfen."



2. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/innen in Berlin (Abgeordnetenhaus und BVV)?

DIE LINKE. Berlin tritt für ein allgemeines Kommunalwahlrecht für Ausländer:innen ein. Im aktuellen Programm steht dazu: "Nicht nur Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft sollten in unserer Stadt das Wahlrecht haben, sondern alle Menschen, die hier leben. Wir werden uns daher weiter auf allen Ebenen dafür einsetzen, ein Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft zu schaffen."

Allerdings verlangt dies aus unserer Sicht eine Verfassungsänderung und ist es nicht allein mit einer Änderung des Landeswahlgesetzes getan. Unsere Fraktion DIE LINKE. im Bundestag schlug in ihrem Gesetzesentwurf (18/3169) eine Änderung des Grundgesetzes sowie des Europawahl- und Bundeswahlgesetzes für Ausländer:innen mit einem Mindestaufenthalt von fünf Jahren in Deutschland vor. Mit der vorgeschlagenen Grundgesetzänderung und der Änderung des Wahlrechts würde dem demokratischen Grundsatz Rechnung getragen, "dass möglichst alle, die von der Ausübung von Staatsgewalt betroffen sind, auch gleichberechtigt an der Konstituierung dieser Staatsgewalt beteiligt werden sollten". Auf der Bundes- und Landesebene ist indes allen nicht-deutschen Einwohner:innen das Wahlrecht verwehrt. Anders als EU-Angehörige dürfen Drittstaatsangehörige "nicht an Kommunalwahlen teilnehmen". Viele Migrant:innen sind damit "vom Kernbereich der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, selbst wenn sie bereits seit langem in Deutschland leben und ein fester Bestandteil der Gesellschaft sind". Diesen Zustand halten wir für nicht tragbar und undemokratisch.

3. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit und Pflege) in Berlin?

Wir fordern höhere Gehälter für alle Pflegebeschäftigten und werden uns auf Bundesebene für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag mit Bezahlung nach TVöD in allen Bereichen der Pflege einsetzen. Die Gehälter der Altenpflege müssen auf das Niveau der Krankenpflege angehoben werden.

Wir werden alle Möglichkeiten zur Einführung von landeseinheitlichen Standards nutzen, um eine bedarfsgerechte Personalausstattung und einrichtungsspezifische Fachkraftquote in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen zu gewährleisten. Die Bereitstellung digitaler Unterstützungsmöglichkeiten zur Entlastung der Beschäftigten muss ausgebaut werden. Auch Betreuungs- und Hilfskräfte in der Altenpflege brauchen eine qualitativ gute Ausbildung. Die Berliner Pflegeausbildungs- und Schulverordnung werden wir entsprechend anpassen. Ziel müssen ein berufseinheitliches Curriculum und ein staatlich anerkannter Abschluss sein. Zur Unterstützung von ausländischen Pflegekräften werden wir ein Portal für die Beratung zu aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Fragen einrichten. Die Corona-Pandemie



hat die prekäre Situation der meist osteuropäischen Pflegekräfte in Privathaushalten erneut offengelegt. Wir wollen diese Beschäftigungsverhältnisse ohne strafrechtliche Konsequenzen und ohne Nachteile für die Familien mit Pflegebedarf legalisieren. Wir setzen uns für eine Berliner Bundesratsinitiative ein, damit auch Migrant:innen mit dem Aufenthaltsstatus einer Duldung eine Pflegeausbildung aufnehmen können.

4. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für eine Sicherstellung und Verstärkung aller gesellschaftlichen Angebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern/unterstützen (u.a. Ausbau des Betreuungsangebots in Kitas, Ganztagsschulen, Pflege-Unterstützung)?

Wir wollen den Rechtsanspruch auf vorschulische Förderung in Kitas und in der Tagespflege in quantitativer und qualitativer Hinsicht sicherstellen. Fast 50.000 Plätze wurden geschaffen. Das reicht trotzdem nicht aus. Den Weg des Ausbaus wollen wir fortsetzen, die erreichte Gebührenfreiheit beibehalten und dabei den Schwerpunkt stärker auf die Qualitätsentwicklung legen. Darüber hinaus wollen wir das Landesprogramm für den Kitaausbau fortsetzen und bis zum Jahr 2025/26 zusätzlich ca. 26.000 Plätze schaffen. Die dafür vorgesehenen Landesmittel in Höhe von 160 Mio. Euro wollen wir dafür zusätzlich erhöhen. Neben der Förderung des Neubaus wollen wir verstärkt auch in die Sanierung und Modernisierung und insbesondere in die Barrierefreiheit bestehender Kitas investieren. Wir wollen, dass die Landesfördermittel allen Trägern, auch den kommunalen Kitaeigenbetrieben, offenstehen. Dafür wollen wir den Kitaeigenbetrieben die Möglichkeit eröffnen, in begrenztem Umfang Kredite aufzunehmen. Perspektivisch wollen wir den Landesanteil am Platzangebot auf ein Drittel des Platzangebotes erhöhen.

Alle Berliner Grundschulen, integrierte Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und zunehmend auch Gymnasien sind Ganztagsschulen. Um noch mehr Kindern gleiche Bildungschancen zu geben, wollen wir den Besuch der eFöB im 3. und 4. Jahrgang, wie schon unter r2g für den 1. und 2. Jahrgang eingeführt, für die Eltern kostenfrei verwirklichen. Für die Umsetzung des kostenfreien Mittagessens wollen wir bedarfsgerecht neue Stellen schaffen. Das Mensenprogramm muss fortgeführt werden, so dass jede Schule mittelfristig über eine eigene Mensa verfügt. Schüler:innen brauchen in der Ganztagsschule ein gesundes Mittagessen, das möglichst aus regionalen Produkten in der Schulküche frisch zubereitet wird und in einer Schulmensa gemeinsam gegessen werden kann. Dabei wollen wir, dass auch die Schüler:innen der Sekundarstufe I ein für sie kostenfreies Mittagessen bekommen.

Um pflegende Angehörige stärker zu unterstützen, werden wir mit einem Förderprogramm die Kurzzeitpflege weiter ausbauen und Versorgungslücken in der Tagespflege schließen. Über eine Bundesratsinitiative wirkt das Land Berlin auf eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf hin. Die Pflegestützpunkte sollen in ihren Beratungs- und Entscheidungskompetenzen gestärkt, personell aufgestockt und mittelfristig zu einer



integrierten Sozialberatung weiterentwickelt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine dauerhafte Finanzierung von Selbsthilfeinitiativen in der Pflege und die Einrichtung eines Landesbeirates für Menschen mit Pflegebedarf und deren Angehörige ein.

Darüber hinaus setzt sich DIE LINKE für öffentliche Zuschüsse für haushaltsnahe Dienstleistungen (Gutscheinmodelle) ein, um Familien zu entlasten und Anreize für die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung zu schaffen. Gerade ältere Menschen, einkommensschwache Familien, Eltern mit behinderten Kindern sowie Alleinerziehende sollten von diesem staatlich finanzierten Angebot profitieren, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Ergebnisse des Modellprojektes aus Baden-Württemberg verspricht eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Staatliche Konjunkturprogramme sollten für den Ausbau haushaltsnaher Dienstleistungen verwendet werden, damit eine krisenfeste und langanhaltende Gleichberechtigung der Geschlechter, vor allem bei der unbezahlten Care-Arbeit sowie der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, kein Lippenbekenntnis bleibt.

- 5. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Minderung der Wohnungsnot in Berlin, zur Bekämpfung der wachsenden Diskriminierung (z.B. Herkunft, Hautfarbe, Einkommen) auf dem Wohnungsmarkt und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?
- 6. Welche Maßnahmen schlagen Sie persönlich/Ihre Fraktion vor, um der besonderen Situation wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, angesichts steigender Mieten und der Verdrängungsentwicklungen, u.a. durch größere Investoren-Aufkäufe?

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Das Recht auf angemessenen Wohnraum ist deswegen in der Berliner Verfassung festgeschrieben. DIE LINKE. Berlin gestaltet dieses Recht aktiv und tritt allem entgegen, was damit nicht vereinbar ist: Spekulation mit Bauland und Wohnraum, Entmietung und Luxussanierung von Wohnungen, Privatisierung und Umwandlung von Mietin Eigentumswohnungen. Wir setzen uns für den Schutz von Mieterinnen und Mietern ein und forcieren soziales Handeln der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Wir stehen für Neubau, der sich am Bedarf der Berlinerinnen und Berliner statt am Gewinnstreben der Wohnungskonzerne orientiert. Um Mieterinnen und Mieter zu schützen und bezahlbare Mieten langfristig zu sichern, wollen wir möglichst viele Wohnungen in öffentliches Eigentum überführen. Aus diesem Grund unterstützt DIE LINKE. Berlin das Volksbegehren Deutsche Wohnen & Co. enteignen. Gerade weil Frauen überproportional Mieterinnen in Berlin sind, weniger Wohneigentum als Männer besitzen, setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum in allen Bezirken ein. Unsere Strategie lautet: alten Wohnraum bezahlbar halten, preiswerten neuen bauen, Zwangsräumungen verhindern und landeseigenen Wohnraum durch Ankauf vergrößern.

Mehr als 60 % der frei gewordenen Bestandswohnungen der Landesunternehmen wurden seit 2017 an Haushalte vergeben, die die Voraussetzungen für einen



Wohnberechtigungsschein erfüllen. 16 % dieser Wohnungen gingen an besonders am Wohnungsmarkt benachteiligte Haushalte, wie Obdachlose und Geflüchtete oder an betreute Wohnformen. Weitere 20 % aller freigewordenen Wohnungen wurden an besondere Bedarfsgruppen wie Schüler:innen und Studierende sowie Transferleistungsbeziehende vermietet. Somit übererfüllen die landeseigenen Wohnungsunternehmen den ihnen vorgeschriebenen prozentualen Wert für Wohnberechtigungsscheine.

Darüber hinaus verfolgen wir das Ziel, die Wohnungslosigkeit in Berlin bis 2030 zu überwinden. Unsere Strategie lautet: alten Wohnraum bezahlbar halten, preiswerten neuen bauen, Zwangsräumungen verhindern und landeseigenen Wohnraum durch Ankauf vergrößern. Denn bezahlbarer Wohnraum ist der beste Schutz vor Wohnungslosigkeit. Wir sind der festen Überzeugung, dass der "Housing-First"-Ansatz der richtige Weg in ein gesichertes selbstbestimmtes Leben ohne Obdachlosigkeit ist. Frauen trifft ein Leben auf der Straße mit größeren Härten. Für von Wohnungslosigkeit betroffene Frauen mit multipler Problemlage gibt es eigene "Housing-First"-Angebote, die gleichzeitig Beratungsangebote enthalten. Bis heute sind 30 Frauen in eigenen Wohnraum vermittelt worden. Dieses Angebot gilt es weiter zu stärken und auszubauen.

7. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)

In unserem Wahlprogramm 2021 heißt es dazu: "Gewalt, sexuelle Belästigung und Sexismus müssen gesellschaftlich geächtet werden. Frauen sind in ihrem persönlichen Schutzraum, dem Zuhause und im privaten Umfeld nach wie vor am meisten von Gewalt betroffen. Diese Gewalt muss überwunden werden. Wir werden Frauenhausplätze entsprechend der Istanbul-Konvention – 2,5 Schutzplätze je 10.000 Einwohner:innen – vorhalten. Die Beratungsstellen sowie Frauenhäuser müssen zeitnah auf datensichere Onlineberatung umgestellt werden. Zusätzlich werden wir präventive Maßnahmen stärken und die Täter:innenarbeit langfristig institutionell finanzieren. Weiterbildung, gerade im schulischen Bereich, muss über Sexismus und klischeehafte Rollenbilder aufklären. Um wirksam Gewalt in all ihren Facetten bekämpfen zu können, müssen sich auch die staatlichen Stellen verändern. Bei Stalking-Fällen soll in Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden auf die Veranlassung einer Auskunftssperre bei den Meldebehörden hingewirkt werden. Spezialisierte Staatsanwaltschaften werden neuen Formen der Gewalt wie Hate Speech und Revenge Porn nur mit geschultem Personal begegnen können. Ein polizeiliches Sonderdezernat für Berlin wird diese Fälle, analog zum Sonderdezernat für Hasskriminalität, bearbeiten. Wir werden uns für eine kontinuierliche, entsprechende Weiterbildung bei Polizei und Justiz einsetzen.

Seit März 2018 gibt es bei Frieda e.V. die erste Antistalking-Beratungsstelle gegen Cyberstalking sowie eine IT-Beratung. Darüber hinaus hat sich vor allem DIE LINKE. im



Abgeordnetenhaus dafür eingesetzt, den Verein gegen Zwangsverheiratung von Jungen und Mädchen Papatya e.V. durch Stellenaufbau und Mittelwuchs für die Online-Beratung zu stärken. Zusätzlich haben wir 2020 eine Koordinierungsstelle gegen Genitalverstümmelung in Berlin beim Familienzentrum Balance eingerichtet. Unser Ziel ist eine flächendeckende Versorgungsstruktur in Berlin, um bereits bestehende Berliner Projekte, ihre Akteurinnen und Akteure effektiv zu vernetzen. Neben der Erarbeitung einer Strategie zur Bekämpfung von Genitalverstümmelung soll auch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit und Präventionsarbeit geleistet werden. Die Einbindung, Unterstützung und Kommunikation mit den Communitys ist dabei ein zentraler Bestandteil.

8. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Sicherung und zum Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin, insbesondere von Frauenhäusern und von Frauenberatungsstellen?

Wir wissen um die hervorragende Arbeit der Frauenprojekte. Wir setzen uns für den Ausbau von institutionellen Förderungen sowie für die Zuschusserhöhungen bei Tarifanpassungen ein. In den Haushaltsberatungen bringen wir immer entsprechende Erhöhungsanträge ein. Während unserer Regierungsbeteiligung wurde die Finanzierungssystematik für die Fraueninfrastrukturstellen (FIS) von einem Sonderprogramm auf reguläre finanzierte Projektstellen umgestellt. Alle 85 Vollzeitstellen sind durchfinanziert.

DIE LINKE. Berlin hat in ihrer Regierungszeit 50 % des Mittelaufwuchses in den Antigewaltbereich des Frauenetats eingestellt. Zwei Millionen Euro stehen für Schaffung von weiteren Frauenhausplätzen, Ausbau von Zweite-Stufe-Wohnungen, Stärkung der Wohnungsvermittlung für obdachlose Frauen sowie Fortführung der bestehenden Beratungs- und Hilfsangebote – zuzüglich Mittel für Tarif- und Sachkostenversorgung – zur Verfügung. Wir bekennen uns auch zukünftig zu den Zielen der Istanbul-Konvention und treten für eine finanzielle Absicherung der Gewaltschutzhilfe ein.

9. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die im Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen vorgesehene gleichberechtigte Anerkennung auch non formal und informell erworbener Kompetenzen, von der insbesondere Frauen profitieren würden, auf Landesebene voran zu treiben?

Viele Menschen eignen sich während ihres Arbeitslebens berufliches Wissen und berufspraktische Fertigkeiten an, die sie nicht formal nachweisen können. So gelingt es vor allem Personen ohne Berufsabschluss oder beruflichen Quereinsteigern nicht, ihre beruflichen Kompetenzen sichtbar zu machen. Grundsätzlich unterstützt DIE LINKE die Anerkennung von non formalen und informellen Kompetenzen, ob nun per "Valikom" oder ähnlichen, um eine Gleichstellung mit formalen Bildungsabschlüssen vorzunehmen. Wir sind der Überzeugung, dass die Anerkennung sowie Zertifizierung dabei behilflich sein kann, die Durchlässigkeit des Bildungssystems zu erhöhen und Menschen/ Quereinsteigenden



Chancen für Qualifizierung und Arbeitstätigkeit zu bieten, die sie sonst nicht hätten. Gerade auch für Betriebe sind diese künftigen Fachkräfte sehr wertvoll. Aus diesem Grund ist es wichtig, Projekte wie Valikom Transfer nachhaltig zu unterstützen und fest in Berlin zu verankern.

10. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei, um die Frauen- und Geschlechterforschung an Berliner Hochschulen zu sichern und zu fördern?

Wir sehen mit Sorge die zunehmenden antifeministischen Angriffe auf etablierte und neu entstehende feministische und antidiskriminierende Maßnahmen, Projekte und Initiativen in der Gesellschaft und leider auch wieder zunehmend in der Wissenschaft und auf die Wissenschaft. Insofern ist es für uns wichtig, die bestehenden und neu entstehende Strukturen auf allen Ebenen politisch zu unterstützen und diese auszufinanzieren. Wir stimmen auch darin überein, dass der mehrschichtigen, antifeministischen Bedrohung nur durch den Aufbau und Erhalt solidarischer Netzwerke im Hochschulbereich entgegengetreten werden kann und Antidiskriminierung an den Hochschulen notwendig ist.

In den letzten Jahren haben vor allem die Gender Studies dazu beigetragen, die komplexen Problemfelder von Geschlecht (und deren Ungleichbehandlung), sozialer Herkunft und (vermeintlicher) Abstammung kritisch zu erforschen. Dabei haben sie wertvolle Erkenntnisse zu Tage gefördert. Insofern steht es für uns außer Frage, dass die Gender Studis einen festen Platz in der Wissenschaft behalten werden.

11. Geschlechtergerechtigkeit im und durch den Kulturbereich (2 Fragen): Welche Initiativen stellen Sie/Ihre Partei sich vor, um in der Kunst, der Kultur und in den Medien bei Führungspositionen, Besetzung von Jurys und Gremien sowie bei Entscheidungen über Stipendien oder Förderungen die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen? Welche Vorstellungen haben Sie/Ihre Partei, um Frauen und ihre gesellschaftlichen Leistungen in der kulturellen Stadtentwicklung und in Ausstellungen (beispielhaft die Ausstellung "Berlin Stadt der Frauen" 2016 im Ephraim Palais) sichtbar zu machen?

DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, Kulturarbeit fair, divers und geschlechtergerecht zu gestalten. Die Situation von Frauen in künstlerischen Berufen hat sich seit der letzten Erhebung des Berichts zur Frauenförderung in Teilbereichen, wie etwa dem Hochschulpersonal, spürbar verbessert und erreichte mit 48,8 % über alle Personalgruppen und Hochschulen den bisher höchsten Wert der bisher untersuchten Perioden. Auch bei den Professuren wurde mit 39,9 % Frauenanteil ein Spitzenwert aller bisherigen Erhebungen dieser Berichtsreihe erreicht. Jurys und Beiräte werden (mindestens) paritätisch zusammengestellt. Stipendien, Projekte und Preise werden insgesamt paritätisch vergeben (Frauen wurden in den letzten Jahren bei Einzelförderungen sowohl nach Geförderten als auch nach bewilligten Geldern in einem Korridor von 51 % bis 67 % berücksichtigt). Die



Atelierförderung kommt inzwischen leicht überproportional Künstlerinnen zugute. Der aktuelle Etat von 407.090 €, der ausschließlich für Künstlerinnen bestimmt ist, wird im Jahr 2021 auf 442.090 € aufgestockt. DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH die Transparenz der Vergabepraxis erhöht und transparente Verfahren zur Findung von Führungspersonal in Kultureinrichtungen weiter ausbaut.

Leider unterliegt der Frauenanteil in Leitungspositionen im Kulturbereich immer noch großen Schwankungen. Die deutlichste Unterrepräsentanz ist weiterhin mit rd. 24 % auf Ebene 1 der großen Kultureinrichtungen zu verzeichnen. Gegenüber dem Jahr 2015 mit rd. 21 % ist hier jedoch eine signifikante Steigerung festzustellen. Auf Leitungsebene 2 ist mit rd. 47 % Frauenanteil in 2018 die Parität nahezu erreicht. Die vor drei Jahren formulierte Prüfempfehlung, Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils vorzuhalten, führte bisher auf Ebene 1 der großen Kultureinrichtungen nicht zu einer deutlichen Steigerung des Frauenanteils

Daher heißt es in unserem Wahlprogramm 2021 dazu: "Unser Ziel ist, in der nächsten Legislaturperiode Geschlechterparität in den Leitungen der Kultureinrichtungen des Landes Berlin herzustellen. Durch eine stärkere konzeptionelle Untersetzung soll die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in den Kultureinrichtungen auf allen Ebenen systematisch vorangetrieben werden. Beratungsangebote für und Zielvereinbarungen mit den Kultureinrichtungen unterstützen dieses Vorhaben. Wir werden prüfen, ob sich die Vergabe von Fördermitteln an Standards der Geschlechtergerechtigkeit knüpfen lässt."

DIE LINKE. Berlin hat großes Interesse daran, Frauen und ihre Lebensleistung anzuerkennen und zu würdigen. Frauen sind im besonderen Maße im öffentlichen Stadtbild unterrepräsentiert. Das gilt für Ehrenbürger:innenschaften- und gräber sowie für Straßenbeschilderung und Gedenktafeln. Diesem Missstand sind wir uns bewusst und unterstützen auf Landes- wie auf Bezirksebene die Neu- und Umbenennung von Straßen und Plätzen. Ähnliches gilt für die Gedenktafeln.

Darüber hinaus unterstützen wir bezirkliche Initiativen sowie Landesinitiativen, Künstlerinnen sichtbar zu machen und auszustellen. Dem Forderungskatalog zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in Kultur und Medien des Deutschen Kulturrates von 2020 schließen wir uns an und unterstützen diesen im Besonderen. Wir wissen um das Gender Show Gap, welches besagt, dass Männer im Durchschnitt 22 Prozent mehr Einzelausstellungen als Frauen erhalten. Daraus ergibt sich dann auch das alarmierende Gender Pay Gap sowie die katastrophalen Rentenerwartungen für Künstlerinnen. Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit im Kulturbereich. Künstlerinnen und Künstler, alle Kulturschaffenden sollen von ihrer Arbeit leben können und sozial abgesichert sein.



12. Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?

Einen weiteren Schwerpunkt legt DIE LINKE. Berlin auf die Stärkung der Alleinerziehenden. Die bezirkliche Unterstützungsstruktur der Koordinierungsstellen für Alleinerziehende ist hier zentral wichtig und muss mit den geplanten neuen Berater:innenstellen weiter ausgebaut und perspektivisch institutionalisiert werden. Zusätzlich braucht es mehr eigene Beratungsangebote für Alleinerziehende, um rechtliche Ansprüche geltend zu machen, die Kinderbetreuung zu sichern sowie die Ausbildungswege und Arbeitsplatzsuche zu begleiten. Ergänzend dazu fordern wir die Einrichtung von Familienservicebüros bei allen bezirklichen Jugendämtern, in denen die dortigen Leistungsangebote gebündelt werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Forderung, das Erfolgsmodell aus Lichtenberg, die bezirklich organisierte flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende auf alle Bezirke auszuweiten.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die geschlechtergerechte Digitalisierung. Berlin wird bald eine Digitalstrategie vorlegen. Ziel aller frauenpolitischen Gruppen und uns muss es sein, eine feministische Perspektive dort einzubringen und diese auch einzufordern. Diesen Partizipationsprozess gilt es jetzt zu organisieren. Frauen dürfen in der digitalen Transformation nicht abgehängt und Verliererinnen werden. Das Hauptaugenmerk muss auf Ausbildung-, Weiterbildung-, und Fördermaßnahmen gelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Koch



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

LANDESVERBAND BERLIN

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen Marienburger Str. 6 10405 Berlin Kurt-Schumacher-Haus Müllerstraße 163 13353 Berlin

LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN Fon: 030 - 4692-140 Fax: 030 - 4692-166 anett.seltz@spd.de

Hotline: 030 - 4692-222 www.spd.berlin

Berlin, 30. April 2021

Wahlprüfsteine zur Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin 2021

Sehr geehrte Frau von Braun,

herzlichen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Landeswahlprogramm 2021. Gerne beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine anlässlich der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2021. Die beigefügten Antworten bieten einen Überblick über die Maßnahmen und das Engagement der Berliner SPD im Bereich der Gleichstellungspolitik.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Berliner SPD

Antworten der SPD Berlin

1. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Paritätsgesetzes in Berlin, das die Parteien verpflichten soll, einen höheren Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen?

Die SPD steht für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an allen Lebensbereichen und kämpft seit ihrer Gründung für eine geschlechtergerechte Partizipation an allen politischen Entscheidungsprozessen. Wir setzen uns daher für ein **Berliner Paritätsgesetz** ein, das garantiert, dass Frauen und Männer im Abgeordnetenhaus sowie in den Bezirksverordnetenversammlungen gleichermaßen vertreten sind.

2. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/innen in Berlin (Abgeordnetenhaus und BVV)?

Damit alle Berliner:innen an kommunalen Entscheidungen teilhaben können, setzt sich die SPD Berlin dafür ein, dass in Berlin lebende **Nicht-EU-Bürger:innen das aktive und passive kommunale Wahlrecht** erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass **alle Berliner:innen Volksentscheiden mitwirken** können. Dies bezieht auch die Teilnahme an Bürgerentscheiden mit ein.

3. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit, Pflege, Soziales) in Berlin?

Die SPD Berlin unterstützt Pflegefachkräfte und andere Gesundheitsberufe bei ihrem Kampf für gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und die Einführung von Tarifbindungen. In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir einen perspektivischen Stufenplan zur Einführung von TV-L bzw. TVÖD, inklusive einer gleichen Bezahlung für gleiche Arbeit. Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab. Zudem unterstützen wir Entlastungstarifverträge in der Pflege und stehen für eine bedarfsgerechte Personalbemessung in den Krankenhäusern.

Darüber hinaus setzen wir uns für die **Aufwertung von Sozial- und Erziehungsberufen** ein und wollen die Rahmenbedingungen insbesondere für Fachkräfte in belasteten Sozialräumen verbessern. Wir verbessern die Vergütung in der Kindertagespflege und entwickeln diese qualitativ weiter. Wir wollen, dass Fachkräfte sich innerhalb des eigenen Berufsfeldes weiterentwickeln können. Sie bekommen so berufliche Perspektiven innerhalb ihres eigenen Berufsfeldes und bei der professionellen Weiterentwicklung des Bildungsangebotes in der Kita.

4. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für eine Sicherstellung und Verstärkung aller gesellschaftlichen Angebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern/unterstützen (u.a. Ausbau des Betreuungsangebots in Kitas, Ganztagsschulen, Pflege-Unterstützung)?

Die SPD steht für eine gute, kostenlose, bedarfsgerechte und inklusive Kinderbetreuung. Wir werden deshalb den Kitaausbau weiter beschleunigen und die Zahl der Erzieher:innen sowohl in der Ausbildung als auch im Beruf weiter erhöhen. Mit dem Programm "MoKiS" bietet Berlin auf Initiative der SPD einen öffentlich geförderten "Mobilen Kinderbetreuungsservice" für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten. Wir schließen an diesem Erfolg an und wollen die flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende und für Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten, weiter ausbauen. Zudem werden wir ein besseres Verfahren bei

der Vergabe von Kitaplätzen schaffen und unterstützen Lösungen für die Entwicklung und den Ausbau einer **Online-Platzvergabe für die Kindertagesbetreuung**.

Wir wollen **Eltern und Menschen mit Familienverantwortung** den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern und ihren beruflichen Aufstieg nachhaltig verbessern. Hierfür wollen wir die bisherigen Maßnahmen zu familienorientierten Personalstrategien ausbauen. Dazu gehören etwa eine kostenfreie, mehrsprachige Beratung zu Elternzeit und Pflege von Angehörigen sowie kostenfreie Maßnahmen zum Qualifikationserhalt und zur Rückkehr in den Beruf.

Ganztagsbetreuung in der Schule gibt es in Berlin seit vielen Jahren. Dieses Angebot soll in den nächsten Jahren mit einer Qualitätsoffensive im Ganztag qualitativ weiterentwickelt werden. Unser Ziel ist eine Ganztagsschule mit einer engen Verzahnung von unterrichtlichen und außerunterrichtlichen Aktivitäten. Die SPD hat mit der Berliner Schulbauoffensive das größte Investitionsvorhaben des Landes angestoßen und damit die Schulen an die erste Stelle der Investitionsprioritäten gesetzt. Damit `wird der Sanierungsstau an den Schulen abgebaut, neue Schulen errichtet und Mittel für die dauerhafte, bauliche Unterhaltung zur Verfügung gestellt. Daran wollen wir anknüpfen und Neubau, Sanierung und Bauunterhaltung in der kommenden Legislatur konsequent fortführen, damit unsere Schulen für eine moderne und inklusive Pädagogik aufgestellt, nachhaltig baulich intakt und barrierefrei sind.

Wir intensivieren zudem den Dialog mit der Berliner Wirtschaft, um die Familienfreundlichkeit von Unternehmen zu stärken. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf noch stärker fördern. Deshalb sind wir als SPD Berlin davon überzeugt, dass es ein modernes Familienpflegezeitgesetz braucht. Auf Bundesebene werden wir uns für ein Familienpflegegeld für pflegende Angehörige analog zum Elterngeld einsetzen. Zudem werden wir mehr Anerkennung für ehrenamtlich geleistete Care-Arbeit durchsetzen, zum Beispiel durch die Ausweitung von Ehrenamtspässen für pflegende Angehörige.

5. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Minderung der Wohnungsnot in Berlin, zur Bekämpfung der wachsenden Diskriminierung (z.B. Herkunft, Hautfarbe, Einkommen) auf dem Wohnungsmarkt und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?

Menschen ziehen begeistert nach Berlin und wir heißen sie willkommen. Attraktivität ist aber nur dann etwas Gutes, wenn diejenigen, die schon hier wohnen, deshalb nicht ihr Zuhause verlieren. Es ist daher unser Fürsorgeauftrag als Berliner SPD, ein bezahlbares und ausreichendes Wohnungsangebot für alle Berliner:innen zu schaffen und zu bewahren. Unsere Antworte sind daher der konsequente Schutz von Mieter:innen, eine Neubauoffensive von 200.000 Wohnungen bis zum Jahr 2030, die Sicherung von bezahlbarem Wohn- und Gewerberaum sowie eine aktive, soziale und vorausschauende Bodenpolitik.

Um den Mieter:innenschutz in Berlin zu verstärken, ist die SPD weiterhin entschlossen, alle Instrumente zu prüfen, um die Mieter:innen dieser Stadt zu schützen. Bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird die SPD den bisherigen Kurs einer sozialen Mietgestaltung konsequent fortsetzen. Zudem haben wir in Berlin eine kostenlose Mieter:innenberatung in den Bezirken eingeführt. Dieses Angebot werden wir weiterführen und ausbauen. Im Bund setzen wir uns dafür ein, Mieter:innenschutzrechte auszubauen, Mietverträge auf ihre Vereinbarkeit mit dem Mietspiegel, der Bundesmietpreisbremse oder dem Wucherparagrafen zu überprüfen und Verstöße stärker zu sanktionieren.

Bei der Versorgung mit Wohnraum haben wir insbesondere auch die Menschen im Blick, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Wir werden daher das von der SPD im Jahr 2014 aufgelegte **Neubauprogramm für Studierende und Auszubildende** beschleunigen und so jungen Menschen mit geringen Einkommen helfen. Dem Bedarf an **barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen für Senior:innen und Menschen mit Behinderungen** werden wir ausreichend nachkommen.

Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass alle Berliner:innen gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Zugang zum Wohnungsmarkt bekommen. Das Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG) war hierfür ein wichtiger Schritt. Unser Ziel einer diskriminierungsfreien Stadt in allen Lebensbereichen wollen wir weiterverfolgen. Dies gilt ebenfalls für den Wohnungsmarkt. Von Diskriminierung Betroffene müssen durch mehrsprachige Hilfsangebote darin unterstützt werden, die eigenen Diskriminierungserfahrungen zu thematisieren, zu verarbeiten und ihr Recht auf Gleichbehandlung durchzusetzen. Als eine von vielen Erscheinungsformen strukturellen Rassismus lehnen Rassismus auf dem Wohnungsmarkt entschieden ab. Daher wollen wir eine Landesenquete-Kommission gegen Rassismus einrichten. Sie soll die institutionalisierten und strukturellen Rassismen analysieren, öffentlich diskutieren und Gegenmaßnahmen entwickeln, sowie Strukturen zur Umsetzung der Maßnahmen stärken.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie persönlich/Ihre Fraktion vor, um der besonderen Situation wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, angesichts steigender Mieten und der Verdrängungsentwicklungen, u.a. durch größere Investoren-Aufkäufe?

Wir wollen mehr Übergangsunterkünfte für wohnungslose Familien und Alleinerziehende in ganz Berlin einrichten. Wir setzen uns ein für feste (betreute) ganzjährige Wohnformen für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Vermittlung in dauerhaften Wohnraum. Insbesondere bei Frauen mit Kindern, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, ist der Bedarf drastisch gestiegen. Hier werden wir handeln und kieznahe Übernachtungsangebote ausbauen. Die Einrichtungen sollen auch auf die Belange von Frauen mit Behinderungen ausgerichtet sein. Um Obdachlosigkeit bei Frauen zu verhindern, wollen wir bestehende Angebote und Konzepte wie "Housing First" und die neu entstandenen Beratungsangebote ausbauen und verstetigen. Dies gilt besonders für kieznahe Angebote für Frauen mit Kindern.

7. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)

Die SPD Berlin setzt sich für eine genaue Erfassung von Gewalt- und Hassverbrechen gegen Frauen in der Polizeistatistik ein und die konsequente Verfolgung dieser Verbrechen online und offline. Mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2020/21 hat die Berliner Landesregierung unter SPD-Führung dafür gesorgt, dass weitere Mittel für den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen im Gleichstellungsetat zur Verfügung stehen. Finanziert werden unter anderem, die Erhöhung der Zahl von Frauenhausplätzen sowie spezialisierte Beratungseinrichtungen gegen digitale Gewalt, Hate-Speech und Stalking. Polizeibeamte wollen wir hinsichtlich der spezifischen digitalen Gewalt- und Bedrohungsformen verstärkt fortbilden. Zudem werden wir eine entsprechende Schwerpunktabteilung bei der Staatsanwaltschaft und eine zentrale Melde- und Beratungsstelle für Opfer einrichten. Wir verstärken den Kampf gegen

Menschenhandel und Zwangsprostitution. Hierbei werden wir die enge Kooperation zwischen Polizei, Justiz, Bezirken, Bundes- und Landesbehörden weiterführen.

Die SPD Berlin will Frauen in die Planungen von öffentlichen Räumen einbeziehen, um beispielsweise die Entstehung von Angsträumen zu verhindern, sichere Wege zu schaffen und eine gerechte Nutzung für alle zu gewährleisten. Wir fördern einen besseren Schutz vor Übergriffen im Öffentlichen Nahverkehr durch bessere und kostengünstige Angebote in den Außenbezirken, das auch in den Nachtstunden aufrechterhalten werden.

8. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Sicherung und zum Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin, insbesondere von Frauenhäusern und von Frauenberatungsstellen?

Die SPD Berlin ist entschlossen, die Versorgungsstrukturen für Frauen in Not- und Krisensituationen deutlich auszubauen. Auch wenn Berlin die Mindestanforderung der Istanbul-Konvention des Europarates erfüllt, wollen wir die Anzahl der Gewaltschutzambulanzen und Frauenhäuser in Berlin dem Bedarf entsprechend weiter erhöhen. Uns ist wichtig, dass dabei die Barrierefreiheit berücksichtigt wird, damit alle Frauen gut versorgt werden können. Dies betrifft nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch die Betreuung durch geschultes Personal. Zudem werden wir die Gewaltschutzambulanzen weiter fördern und zusätzliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bereitstellen, um sie bekannter zu machen. Die Vorstellung von Kindern vor den Gewaltschutzambulanzen wird ebenfalls vereinfacht.

Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen einen adäquaten Ersatzraum in Frauenhäusern oder in Zufluchtswohnungen für Frauen, damit ihr Schutz gewährleistet ist. Bis diese in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, wird durch unter anderem die Anmietung von Hotelzimmern sichergestellt, dass jede Frau, die Schutz sucht, diesen auch bekommt. In Risikozeiträumen wie den Weihnachtsfeiertagen wollen wir durch solche temporären Anmietungen zusätzlich benötigte Kapazitäten bereitstellen.

9. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die im Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen vorgesehene gleichberechtigte Anerkennung auch non formal und informell erworbener Kompetenzen, von der insbesondere Frauen profitieren würden, auf Landesebene voran zu treiben?

Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, dass informell und non-formal erworbene Kompetenzen einheitlicher und besser anerkannt werden. Als wichtigen Schritt haben wir beispielsweise mit einer **Novelle des Berliner Hochschulzugangsgesetzes** die Grundlage geschaffen, dass auch außerschulische Kompetenzen besser bei der Studienplatzvergabe berücksichtigt werden.

10. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei, um die Frauen- und Geschlechterforschung an Berliner Hochschulen zu sichern und zu fördern?

Die SPD tritt weiterhin in der Berliner Wissenschaftslandschaft für einen nachhaltigen Wandel ein, der Gleichstellung als Qualitätskriterium anerkennt und Parität auf allen Ebenen gewährt Dabei sind **Erkenntnisse der Gender Studies von immenser gesellschaftlicher Bedeutung**, um die Chancengleichheit von Frauen nicht nur im Bereich der Wissenschaft voranzubringen.

Auf Initiative der SPD wird das "Berliner Programm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre" (BCP) für weitere sechs Jahre verlängert. Mit dem

Programm konnten wir in den letzten Jahren Impulse in der Berliner Wissenschaftslandschaft setzen. Mit einem Volumen von ca. 3,8 Mio. Euro jährlich soll es die Hochschulen zukünftig noch gezielter darin unterstützen, strukturelle Barrieren, die Chancengleichheit beeinträchtigen, abzubauen und die Repräsentanz von Frauen in Forschung und Lehre nachhaltig zu verbessern. Auch in der neuen Förderperiode setzen wir auf bewährte Förderinstrumente. Rund 1,5 Mio. Euro werden jährlich für vorgezogene Nachfolgeberufungen von Frauen auf W 2- und W 3-Professuren, für befristete W 2-Stellen im Bereich der Geschlechterforschung und in Fächern mit einer Unterrepräsentanz von Professorinnen sowie für hochschulübergreifende innovative Projekte zur Verfügung gestellt.

11. Geschlechtergerechtigkeit im und durch den Kulturbereich:

Die SPD Berlin steht für eine Kulturpolitik, die die Vielfalt und Diversität der Stadt und ihrer Menschen abbildet und zukunftsweisende Offenheit lebt. Alle Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Ethnie, Geschlecht, Behinderung, sexuellen Identität oder Religion sollen Zugang zur Berliner Kultur haben. Wir wollen eine Kultur für alle, mit allen und von allen. Darüber hinaus setzen wir uns für Parität in allen Führungspositionen der Stadt ein. Wir werden Gleichberechtigung auf allen Hierarchie-Ebenen vorleben, auch im Kulturbereich. Deshalb wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und darauf hinwirken, dass mehr Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen, im Senat und in der Verwaltung mit Frauen besetzt werden. Das schafft die politischen Voraussetzungen, damit Berlin zu einer wirklich gleichberechtigten Stadtgesellschaft in allen Bereichen des Zusammenlebens wird.

12. Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Berlin seine Vorreiterrolle als Stadt der Gleichstellung weiterhin bewahrt. Hierfür kämpfen wir für Gleichstellung **aller** Frauen – unabhängig ihres sozialen Geschlechts, der sexuellen oder geschlechtlichen Identität, des Alters, des Gesundheitszustandes, einer Beeinträchtigung, des Familienstandes, des Migrations- oder Fluchtstatus. Neben den oben genannten Forderungen und Maßnahmen kämpft die SPD Berlin für:

- eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit: Frauen werden gleichberechtigte Teilhabe nur erreichen, wenn eine gerechtere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit in den Familien unterstützt und gefördert wird. Mit der SPD wird Berlin hier als positives Vorbild voranschreiten, beispielsweise durch den Ausbau von Elternzeit und mobiler und flexibler Arbeit in der Verwaltung und in landeseigenen Betrieben. Zudem werden wir mehr Anerkennung für ehrenamtlich geleistete Care-Arbeit durchsetzen, zum Beispiel durch die Ausweitung von Ehrenamtspässen für pflegende Angehörige.
- starke Wirtschaft durch starke Frauen: Wir unterstützen Gründerinnen in der Stadt und wollen den Anteil der Gründerinnen von derzeit 15,7 Prozent deutlich erhöhen und werden entsprechende Unterstützungs- und Förderprogramme entwickeln. Diese Unternehmerinnen sind Vorbilder für die nächsten Generationen junger Frauen. Ihre Erfolge wollen wir sichtbar machen, indem wir branchentypische Netzwerkveranstaltungen auch finanziell unterstützen sowie gründerinnenspezifische Coachingprogramme aufbauen bzw. stärken.



WAHLPRÜFSTEINE DER ÜBERPARTEILICHE FRAUENINITIATIVE BERLIN - STADT DER FRAUEN E.V.

-Antworten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus-

Berlin, den 22.04.2021

1) Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Paritätsgesetzes in Berlin, das die Parteien verpflichten soll, einen höheren Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen?

Wir Grüne sind stolz darauf, dass 60 Prozent unserer Abgeordneten weiblich sind. Gemäß dem Grundsatz "die Hälfte der Macht den Frauen" prüfen wir einen verfassungskonformen Weg für ein Paritätsgesetz. Hierbei setzen wir uns für eine queerfeministische Auslegung der Quote ein. Nur so erreichen wir langfristig gerechte Politik für alle Geschlechter. Doch Parität im Abgeordnetenhaus ist nicht genug! Wir setzen uns auch dafür ein, dass Parität in allen Bereichen Berlins – von Kultur über Wissenschaft, Medien, Verwaltung, Start-Up Szene und Landeseigene Unternehmen – dort verbindlich festgeschrieben und umgesetzt wird, wo es uns mit rechtlichen und politischen Mitteln möglich ist.

2) Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/innen in Berlin (Abgeordnetenhaus und BVV)?

Zu einer pluralen Gesellschaft gehört es auch, dass politische Partizipation auf Augenhöhe und unabhängig von der Staatsangehörigkeit möglich sein muss. Wer in Berlin gemeldet ist, soll hier auch wählen dürfen: Wir werden weiterhin auch auf der Bundesebene dafür kämpfen, dass das kommunale Wahlrecht und das Landeswahlrecht auf alle ausgeweitet wird, die ihren Lebensmittelpunkt in Berlin haben.

Bus: Linien 200, M41, M48, M85

3) Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit, Pflege, Soziales) in Berlin?

Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen unserer Politik. Wir kämpfen für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen.

Wir wollen die noch nicht organisierten Gesundheits- und Pflegeberufe bei ihren jeweiligen Professionalisierungsprozessen unterstützen, wenn möglich und gewollt auch in Berufskammern.

Damit auch zukünftig genügend Nachwuchs in diesen Berufen zur Verfügung steht, werden wir die Arbeitsbedingungen verbessern, zum Beispiel mit festen Personalschlüsseln und einer Senkung der Arbeitsstunden. Hier stehen wir für eine 35 Stunden-Woche ein. Auch die Ausbildung muss attraktiver werden, etwa indem wir ermöglichen, alle Ausbildungs- und Studiengänge auch in Teilzeit zu absolvieren.

Pflegekräfte sind systemrelevant, das spiegelt sich aber bisher nicht ausreichend auf dem Gehaltszettel und in den Arbeitsbedingungen wider. Das wollen wir ändern. Mit dem Berliner Bündnis für Pflege wurden in den letzten Jahren bereits Handlungsfelder identifiziert, um Fachkräfte in der Pflege zu halten. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an, denn wir sind als Gesellschaft auf gute Pflege angewiesen. Ein wichtiger Schritt ist eine gerechte, auskömmliche Bezahlung, die im Job selbstverständlich sein muss und schon in der Ausbildung, wie bei Pflegepraktika, Famulaturen, bei Praktika im Pflegestudium und für Ärzt*innen im praktischen Jahr erfolgen muss. Wir wollen auch die Akademisierung der Pflege und Therapieberufe voranbringen und mehr Studienangebote im Bereich der Gesundheitsberufe schaffen.

Wir wollen verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Mobilitätsangebote, gerade für Nachtschichten und Beschwerdestellen, um Verstöße gegen den Arbeitsschutz zu melden. Wir unterstützen die Selbstverwaltung der Pflegekräfte. Eine Pflegekammer kann dafür einen Beitrag leisten, wenn sie mehrheitlich von den Berliner Pflegenden unterstützt wird. Wir fordern mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen. Auch die Ausbildung zur Pflegeassistenz muss vergütet werden. Die Ausbildung zur Pflegeassistenz wollen wir auf Bundesebene regeln und bis dahin schon in Berlin besser, generalistisch und über einen längeren Zeitraum ausbilden. Im Ausland erworbene Ausbildungsabschlüsse von Pflege- und Gesundheitsberufen, ob innerhalb oder außerhalb der EU erworben, sollen leichter anerkannt werden.

Auch in der ambulanten Versorgung müssen die Arbeitsbedingungen verbessert werden, damit zu pflegende Menschen möglichst lange in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Um die Weiterentwicklung der ambulanten Pflege und der Palliativversorgung voranzutreiben, wollen wir die Bezirksämter mit dem Einsatz von Community Health Nurses (ehemalige Gemeindeschwestern) ausrüsten. Für eine gute Patient*innenversorgung und ein attraktives Berufsbild sollen neue Wege erprobt werden und Pflegegenossenschaften und Pflegekollektive modellhaft durch das Land Berlin gefördert werden.

Kurzfassung

Wir kämpfen für die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern und unterstützen tarifliche Verbesserungen bei sogenannten typischen Frauenberufen. Wir wollen die Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und Pflegeberufen unter anderem durch verbindliche Personalschlüssel statt Personaluntergrenzen, Senkung der Arbeitsstunden auf eine 35 Stunden-Woche, Mobilitätsangebote, Beschwerdestellen, mehr Plätze für Teilzeitausbildungen und berufsbegleitende Ausbildungen verbessern. Außerdem setzen wir uns für eine gerechte, auskömmliche Bezahlung ein.

4) Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für eine Sicherstellung und Verstärkung aller gesellschaftlichen Angebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern/unterstützen (u.a. Ausbau des Betreuungsangebots in Kitas, Ganztagsschulen, Pflege-Unterstützung)?

In vielen Familien übernehmen Frauen nach wie vor den größeren Anteil an Sorgearbeit, stecken bei der Karriere zurück und geraten dadurch in Abhängigkeiten sowie Altersarmut. Es braucht mehr Anstrengungen, um strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Wir wollen die Frauenerwerbsquote erhöhen, indem wir unter anderem die Kinderbetreuung ausbauen und Arbeitgeber*innen anhalten, Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Wir werden eine frauenpolitische Strategie für den Berliner Arbeitsmarkt erarbeiten, die insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigt.

Alleinerziehend zu sein, birgt noch immer ein Armutsrisiko. Darum wollen wir in allen Jobcentern ein spezifisches Angebot machen, das individuelle Beratung, Ausbildung in Teilzeit und ein Gutscheinsystem zur selbstbestimmten Vermittlung und eigenständigen Weiterbildung umfasst.

Wir haben einen Schwerpunkt mit dem Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto gesetzt. Das spart gerade Familien Zeit und Nerven. Mit unserem Familienfördergesetz werden wir in jedem Bezirk ein Familienservicebüro einrichten. Solange das Chaos an Familienleistungen auf Bundesebene nicht geordnet ist, sollen hier alle Leistungen, die Familien zustehen, gebündelt beantragt werden können.

Damit Beruf und Familie vereinbar sind, muss sich auch unsere Arbeitswelt ändern. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt: Kinder zu erziehen geht nicht nebenbei im Homeoffice. Flexibilität ist hilfreich, wir wollen Arbeitgeber*innen ermutigen, flexible Modelle auch nach der Pandemie fortzusetzen, aber gleichzeitig Tariftreue stärken und Gewerkschaften und Arbeitgeber*innen ermutigen, gemeinsam Wege auszuhandeln, die Flexibilität und Arbeitsschutz zusammen denken. Um zu zeigen, wie familienfreundliche Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-

Möglichkeiten für die Mitarbeiter*innen der Berliner Verwaltung wollen wir ausbauen und auch in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

Pflege ist "weiblich", so sind es auch 70% der pflegenden Angehörigen. Viele werden vom "Pflegefall" in ihren Familien überrascht und müssen von heute auf morgen die Pflege von Angehörigen übernehmen. Zu Beginn versuchen Angehörige ihre Erwerbstätigkeit noch mit einer reduzierten Arbeitszeit aufrechtzuerhalten, da nicht abzusehen ist, von welcher Dauer die Pflege sein wird. Die Reduktion der Arbeitszeit zu Beginn und die komplette Aufgabe des Jobs in den nachfolgenden Jahren – und damit eine Pflegearbeit in Vollzeit – haben erhebliche Einkommensausfälle bzw. (Alters-) Armut zur Folge.

Pflegende Angehörige wollen wir stärker ins Versorgungsnetz einbinden und ihre Leistungen besser würdigen. So wollen wir ihr Recht auf Mitsprache ausbauen und sie besser informieren und entlasten. Das Kompetenzzentrum Pflegeunterstützung zur Entlastung von pflegenden Angehörigen und anderen Bezugspersonen soll ausgebaut und verstetigt werden. Als Berliner Landesregierung haben wir bereits eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines Familienpflegegeldes gestartet. Hier werden wir weiter Druck machen.

Für mehr Gleichberechtigung und neue Freiräume für alle müssen auch auf Bundesebene strukturelle Änderungen angestoßen werden: Das Ehegattensplitting muss abgeschafft, ein Entgeltgleichheitsgesetz eingeführt und "typisch weibliche" Berufe müssen finanziell aufgewertet werden.

Kurzfassung

Es braucht mehr Anstrengungen, um strukturelle Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verringern. Wir wollen die Frauenerwerbsquote erhöhen, indem wir unter anderem die Kinderbetreuung ausbauen und Arbeitgeber*innen anhalten, Männern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern. Wir werden eine frauenpolitische Strategie für den Berliner Arbeitsmarkt erarbeiten, die insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigt.

Um zu zeigen, wie familienfreundliche Arbeitgeber*innen agieren, wollen wir mit unserer Verwaltung und unseren landeseigenen Betrieben Vorbild sein. Dazu zählen: Möglichkeiten zur Ausbildung in Teilzeit, begrenzte Reduzierung von Arbeitsstunden und ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeit. Homeoffice-Möglichkeiten wollen wir ausbauen und auch in Führungspositionen Jobsharing ermöglichen.

5) Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Minderung der Wohnungsnot in Berlin, zur Bekämpfung der wachsenden Diskriminierung (z.B. Herkunft, Hautfarbe, Einkommen) auf dem Wohnungsmarkt und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?

Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir dafür, dass mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Dafür wollen wir ein breites Bündnis schließen – von den landeseigenen Wohnungsunternehmen über gemeinwohlorientierte Genossenschaften, Stiftungen und Hausprojekten bis zu Privatvermietenden, die sich wie die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf das Gemeinwohl und somit dauerhaft auf leistbare Mieten für alle Schichten verpflichten. Geschäftsmodelle, die auf schnelle, überhöhte Renditen setzen oder mit Wohnraum spekulieren, lehnen wir ab. Die Bau-, Mieten- und Wohnungspolitik haben wir seit 2016 vom Kopf auf die Füße gestellt. Wir haben den sozialen Wohnungsbau vorangetrieben, das Vorkaufsrecht genutzt, eine Genossenschaftsförderung erkämpft und mit dem Mietendeckel versucht, den Mietenden in unserer Stadt eine Atempause zu ermöglichen. Auch zukünftig werden wir weiter für einen starken Mieter*innenschutz kämpfen und nach kreativen Möglichkeiten suchen um in Berlin die Wohnungsnot zu mindern.

Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen, Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse, Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das "geschützte Marktsegment" vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichteren Zugang zu Bürgschaften der Stadt erhalten.

Kurzfassung

Wohnen ist keine Ware, darum kämpfen wir dafür, dass mindestens 50 Prozent des Wohnraums gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Bei der Planung von neuen Quartieren soll der Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen, Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse, Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das "geschützte Marktsegment" vorgesehen werden.

6) Welche Maßnahmen schlagen Sie persönlich/Ihre Fraktion vor, um der besonderen Situation wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, angesichts steigender Mieten und der Verdrängungsentwicklungen, u.a. durch größere Investoren-Aufkäufe?

Wir machen uns das Ziel des Europäischen Parlaments zu eigen, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden. Deswegen vermitteln Projekte mit dem Ansatz "Housing First" Menschen als allererstes in neue Wohnungen und begleiten sie dann auf ihrem weiteren Weg. Dieses Konzept ist erfolgreich und deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Wir setzen uns für ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein, werden diese deutlich ausbauen und wollen auch private Eigentümer*innen in die Pflicht nehmen, Housing-first-Plätze zur Verfügung zu stellen. Dabei stehen besonders verletzliche Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

Zur Prävention von Wohnraumverlust werden wir alles tun, um Zwangsräumungen zu verhindern und ihre Zahl in Berlin drastisch zu senken. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen gehen hier meist mit gutem Beispiel voran und sind verpflichtet adäquaten Ersatzwohnraum anzubieten. Dieses Ziel verfolgen wir auch für den freien Wohnungsmarkt und setzen uns auf der Bundesebene für eine entsprechende Regelung ein.

Die letzte Haltelinie sind Notunterkünfte. Die Zahl der Plätze konnten wir in den vergangenen Jahren deutlich ausbauen. Künftig wollen wir, dass mindestens 600 Plätze ganzjährig zur Verfügung stehen. In der kalten Jahreszeit sollen im Rahmen der Kältehilfe deutlich über 1.000 ganztägige Plätze vorgehalten werden, von denen ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen wie Frauen reserviert wird. Die Sicherheit in den Unterkünften muss gewährleistet sein.

Kurzfassung

Das Konzept "Housing First" ist erfolgreich, deswegen wollen wir die Rahmenbedingungen verbessern. Wir setzen uns für ausreichend Housing-First-Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsunternehmen ein und werden diese deutlich ausbauen. Dabei stehen besonders verletzliche Gruppen wie Frauen, LGBTIQ* Personen, Sexarbeiter*innen, Menschen mit erschwertem Zugang zu eigenem Wohnraum, Alleinerziehende, Minderjährige oder Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt.

Außerdem möchten wir die Zahl der Notunterkünfte ausbauen, wobei ein Anteil für besonders schutzbedürftige Menschen wie Frauen reserviert werden soll. Die Sicherheit in den Unterkünften muss gewährleistet sein.

7) Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)

Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Personen nicht mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Der erste Schritt ist, Gewalt gegen Frauen als solche zu benennen. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die Kategorie "geschlechtsbezogene Gewalt" in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle, wie auch in der Istanbul-Konvention festgelegt, wollen wir Gewalt gegen Frauen, insbesondere Femizide, in Berlin erfassen, untersuchen und mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige Maßnahmen gegen misogyne Gewalt entwickeln.

Berlins große Landesunternehmen haben Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür gesorgt, dass sexistische und diskriminierende Werbung auf landeseigenen Werbeflächen ausgeschlossen wird. Um sie auch auf privaten Flächen zu vermeiden, haben wir ein Expert*innengremium eingesetzt, das bei Beschwerden Handlungsempfehlungen ausspricht und für das Thema sensibilisiert.

Für Frauen, die selbst oder deren Töchter von Genitalverstümmelung betroffen oder bedroht sind, wollen wir das Beratungs- und Behandlungsangebot durch den Einbezug der relevanten Communities weiter ausbauen und durch Bildungsangebote auch für Männer die Prävention stärken.

In den letzten Jahren haben wir die Bekämpfung organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution ausgeweitet und werden dies fortsetzen. Schutzprogramme für Aussteiger*innen, die vor Gericht aussagen, wollen wir weiter ausbauen. Hierbei ist ein sicheres Bleiberecht für alle Betroffenen von Menschenhandel zwingend nötig. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

Kurzfassung

Wir wollen ein Berlin schaffen, in dem Frauen, trans*, inter* und nicht-binäre Personen nicht mehr von physischer, psychischer und digitaler Gewalt betroffen sind. Dabei sind die Vorgaben der Istanbul-Konvention für uns maßgeblich. Um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, wollen wir die Kategorie "geschlechtsbezogene Gewalt" in die Polizeikriminalstatistik aufnehmen. Mit einer regelmäßig berichtenden Monitoring-Stelle wollen wir Gewalt gegen Frauen in Berlin erfassen, untersuchen und mit den Ergebnissen die bereits existierende Präventionsarbeit stärken sowie langfristige Maßnahmen gegen misogyne Gewalt entwickeln.

Berlins große Landesunternehmen haben Leitlinien gegen Sexismus und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz verabschiedet. Wir haben dafür gesorgt, dass sexistische und diskriminierende

Werbung auf landeseigenen Werbeflächen ausgeschlossen wird. Das Beratungs- und Behandlungsangebot zu Genitalverstümmelung wollen wir weiter ausbauen und die begonnene Ausweitung der Bekämpfung organisierter Kriminalität im Zusammenhang mit sexueller Ausbeutung und Zwangsprostitution fortsetzen. Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Richter*innen wollen wir gezielt für das Thema sensibilisieren und dafür weiterbilden.

8) Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Sicherung und zum Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin, insbesondere von Frauenhäusern und von Frauenberatungsstellen?

Wir haben in den letzten Jahren für mehr Plätze in Frauenhäusern gekämpft und sind stolz, dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen für eine Stadt wie Berlin nicht aus, darum fordern wir ein achtes Frauenhaus. Das Personal in Frauenhäusern soll diskriminierungssensibel geschult sein, um so mehr Schutzräume für besonders von Diskriminierung betroffenen Gruppen zu schaffen.

Auch die Beratung von Betroffenen haben wir ausgebaut, um Online-Angebote erweitert und die Anti-Stalking-Beratungsstellen finanziell besser ausgestattet. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose und andere (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt durch innovative Wohnformen und Projekte mit intersektional angelegter Beratung unterstützen.

Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen, mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten. Die vertrauliche Spurensicherung und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken etablieren.

Hilfestrukturen für Frauen müssen dort gefestigt werden, wo der Bedarf besteht. Soziale Träger dürfen nicht zu Opfern der Entwicklungen auf dem Immobilienmarkt werden. Deshalb werden wir die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für diese Träger als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern.

Kurzfassung

Wir sind stolz, dass wir das siebte Berliner Frauenhaus eröffnen konnten. Die Schutzplätze reichen jedoch nicht aus, darum fordern wir ein achtes Frauenhaus. Auch die Beratung von Betroffenen haben wir ausgebaut. Jetzt wollen wir zusätzlich besonders vulnerable Gruppen, wie zum Beispiel Geflüchtete, Wohnungs- und Obdachlose, und andere (mehrfach) marginalisierte Frauen und nichtbinäre Personen gezielt unterstützen. Die Unterstützung bei der Findung und Finanzierung von Räumlichkeiten für soziale Träger wollen wir als öffentliche Aufgabe definieren und strukturell verankern. Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Bandbreite von niedrigschwelligen, mehrsprachigen, analogen und digitalen Beratungsangeboten, Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen stetig auszuweiten. Die

vertrauliche Spurensicherung und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt wollen wir in allen Bezirken etablieren.

9) Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die im Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen vorgesehene gleichberechtigte Anerkennung auch non formal und informell erworbener Kompetenzen, von der insbesondere Frauen profitieren würden, auf Landesebene voran zu treiben?

Die Prüfung von beruflichen Kompetenzen, die im Ausland und somit in anderen Ausbildungsund Lernstrukturen informell erworben wurden, nehmen zumeist die Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer vor. Sie prüfen bei Berufen, die in ihre jeweilige Zuständigkeit fallen und erteilen auf dieser Grundlage Papiere für Bewerbungen. Wir unterstützen dieses Vorgehen ausdrücklich und haben von Anfang an bereit gestanden, diese Verfahren politisch zu unterstützen, wo es geboten ist.

10) Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die Frauen- und Geschlechterforschung an Berliner Hochschulen zu sichern und zu fördern?

Wo gegen Gender-, Queer- oder Diversityforschung gehetzt wird, treten wir für den Schutz der freien Wissenschaft ein. Dazu gehört für uns die grundlegende Rolle der Gleichstellung und die dafür etablierten Strukturen an den Hochschulen im Rahmen der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes weiter zu stärken. Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir den Ansatz für das Berliner Chancengleichheitsprogramm erhöht und unterstützen damit die Arbeit der Landeskonferenz der Frauenbeauftragten der Berliner Hochschulen und Universitätsklinika des Landes Berlin sowie der Arbeitsgemeinschaft der Frauen- und Geschlechterforschung Berliner Hochschulen. Diese Unterstützung wollen wir weiterführen und sind offen, dafür Strukturen weiterzuentwickeln.

Mit einer starken akademischen Vernetzung der Akteur*innen der Frauen- und Geschlechterforschung wollen wir die Forschung zu Genderaspekten und geschlechterbedingter Diskriminierung unterstützen. Ergebnisse der Strukturbegutachtung des Faches Gender Studies durch den Wissenschaftsrat werden wir im Hinblick auf die Landeswissenschaftspolitik in Berlin prüfen. Dabei ist für uns klar – Gender Studies sind ein notwendiger und selbstverständlicher Teil der Berliner Wissenschaft. Darüber hinaus sehen wir insbesondere im Bereich der genderbezogenen Gesundheitsforschung einen zukünftigen Schwerpunkt, den wir auch gezielt in der medizinischen Aus- und Weiterbildung fördern wollen.

Kurzfassung

Wo gegen Gender-, Queer- oder Diversityforschung gehetzt wird, treten wir für den Schutz der freien Wissenschaft ein. Dafür wollen wir die grundsätzliche Gleichstellung im Berliner Hochschulgesetz weiter stärken und haben den Ansatz für das Berliner

Chancengleichheitsprogramm bereits in dieser Legislatur erhöht. Über eine gute Vernetzung der Akteur*innen der Forschung zu Genderaspekten und geschlechterbedingter Diskriminierung wollen wir diesen Bereich weiter stärken. Einen zukünftigen Schwerpunkt sehen wir insbesondere in der genderbezogenen Gesundheitsforschung.

11) Geschlechtergerechtigkeit im und durch den Kulturbereich (2 Fragen):

Welche Initiativen stellen Sie/Ihre Partei sich vor, um in der Kunst, der Kultur und in den Medien bei Führungspositionen, Besetzung von Jurys und Gremien sowie bei Entscheidungen über Stipendien oder Förderungen die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen?

Welche Vorstellungen haben Sie/Ihre Partei, um Frauen und ihre gesellschaftlichen Leistungen in der kulturellen Stadtentwicklung und in Ausstellungen (beispielhaft die Ausstellung "Berlin Stadt der Frauen" 2016 im Ephraim Palais) sichtbar zu machen?

In unserem Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl heißt es dazu u.a.:

"Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte. Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Dies ist für uns eine Frage der gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen, die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds und dem Berliner Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir einen Anfang gemacht. Wir wollen Diversität in der institutionellen und Projektförderung zu einem wesentlichen Kriterium machen und das sowohl mit Blick auf die öffentlichen Kultureinrichtungen und sonstige Geförderte als auch die kulturellen Angebote selbst. Auch die Repräsentation queerer Menschen und Perspektiven in der Berliner Kunst- und Kulturszene muss verbessert werden. […]

Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch

endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf im Kulturbereich ein."

Hinzuzufügen wäre im Kontext der Fragen: Mit der Gleichstellung von Frauen im Berliner Kulturbetrieb ist es – allen punktuellen Fortschritten zum Trotz – weiterhin nicht wirklich gut bestellt. In etlichen Sparten und Genres sind Männer immer noch deutlich überproportional in den künstlerischen Spitzenpositionen vertreten. Das zeigen die bekannten Studien ebenso wie Anfragen von Grünen Abgeordneten

(https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/18/SchrAnfr/s18-17947.pdf). Das wirkt sich auch auf die Repräsentanz von Frauen im Kulturbereich und -angebot insgesamt aus und korrespondiert mit einer geringeren Sichtbarkeit von Künstlerinnen (siehe etwa den Gender-Show-Gap in den Bildenden Künsten) oder der Themen Frauen, Gleichstellung und Gender als solche (siehe etwa in der Erinnerungsarbeit). Währenddessen hat die MeToo-Bewegung dazu beigetragen, dass immer mehr Fälle von Machtmissbrauch im Kulturbetrieb gemeldet oder sogar öffentlich bekannt werden. Die gehen gerade im Bereich der Performing Arts vielfach mit sexueller Belästigung, Sexismus oder Altersdiskriminierung einher. Wobei es sich hierbei mitnichten um "Einzelfälle" handelt, sondern um ein strukturelles Problem. Neben funktionierenden Beratungs- bzw. Beschwerdestellen sowie klaren vertragsrechtlichen und betrieblichen Regelungen braucht es hier eine neue Kultur von Führung und Zusammenarbeit. Umso entscheidender ist es es aus Grüner Sicht, dass Frauen zukünftig noch stärker an der Spitze von Kulturinstitutionen vertreten sind, sei es in Ensembles, Regiepositionen oder als Kuratorinnen, seien es Fachjurys, Sachverständigen- oder Aufsichtsgremien. Das beginnt damit, dass Führungsjobs gerade in öffentlichen Kultureinrichtungen vermehrt ausgeschrieben und die Verfahren von (quotierten) Findungskommissionen begleitet werden. Überlegenswert ist auch, nach angelsächsischem Vorbild, Teile der Kulturförderung an den Stand der Geschlechtergerechtigkeit und Diversität zu koppeln bzw. dafür über bestehende Programme (wie z.B. die Künstlerinnenförderung) hinaus weitere gezielte Förderanreize zu schaffen.

Kurzfassung

Bei der Besetzung von Intendanzen und anderen Spitzenpositionen im Kulturbereich müssen auch endlich Frauen stärker berücksichtigt werden. Doppelspitzen und Intendant*innen-Kollektive sollten nicht länger eine Ausnahme, sondern Normalität auch in großen Kulturinstitutionen sein. Wir werden dem sogenannten Gender-Show-Gap und der Unterrepräsentanz von Frauen in Regiepositionen entgegenwirken – dort, wo es sich wie beim Berliner Theatertreffen realisieren lässt, gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Insbesondere Frauen mit Kindern sind in leitenden Funktionen unterrepräsentiert, weil sie den familienunfreundlichen Erwartungen an Führungskräfte häufig nicht gerecht werden können. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf im Kulturbereich ein.

12) Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?

Weiterentwickung von Gender Budgeting – geschlechtergerechte Haushaltsführung

Wie öffentliche Mittel ausgegeben werden, ist eine Gerechtigkeitsfrage. Berlin ist das erste Bundesland, das mit der Einführung von Gender-Budgeting, also einer geschlechtergerechten Haushaltsführung in Senats- und Bezirksverwaltungen begonnen hat. Nach vielen Jahren des Stillstands ist es durch eine grüne Initiative im Abgeordnetenhaus gelungen, die Grundlagen des Gender-Budgetings in Berlin zu novellieren und neu auszurichten. Eine deutliche Ausweitung der qualitativen und quantitativen Gender-Budgeting-Daten ermöglichen nun wirkungsvolle Zielvorgaben und Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen mit dem nächsten Haushaltsplan ein Gender-Budgeting-Controlling einziehen – das für alle Geschlechter gilt!

Um die Umsetzung weiter voranzutreiben, werden wir uns zudem für ein Gender-Budgeting-Referat in der Finanzverwaltung einsetzen und einen Beirat einrichten, der externe Expertise aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft bündelt. Außerdem wollen wir flächendeckende Schulungen zur Anwendung und Implementierung der neuen Gender-Budgeting-Ziele innerhalb der Verwaltung einführen. Wir werden zudem prüfen, wie auch weitere Diversitätskriterien im Gender Budgeting integriert werden können. Auch künftige Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten.

Kurzfassung

Durch eine grüne Initiative im Abgeordnetenhaus ist es uns gelungen, das Gender-Budgeting in Berlin neu auszurichten. Eine Ausweitung der Gender-Budgeting-Daten ermöglicht nun wirkungsvolle Zielvorgaben und Steuerungsmaßnahmen. Wir wollen ein Controllingsystem, ein Gender-Budgeting-Referat sowie einen Beirat aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft einrichten. Wir werden prüfen, wie weitere Diversitätskriterien im Gender Budgeting integriert werden können. Auch künftige Konjunkturprogramme wollen wir geschlechtergerechter ausgestalten.

Eine ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Berlin

Wir kämpfen für die Gleichstellung der Geschlechter in allen Gesellschaftsbereichen – nicht erst seit Corona, aber seit der Pandemie umso mehr: Krisenstäbe und alle anderen Gremien müssen divers und geschlechterparitätisch besetzt sein. Auch mit der Gründung der Unternehmerinnenakademie und dem Landesantidiskriminisierungsgesetz sind wir wichtige Schritte gegangen, um Frauen zu stärken. Um systematisch in allen Bereichen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Unser Ziel ist eine emanzipatorische Verwaltung. Um das zu erreichen, werden wir die Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

Kurzfassung

Um systematisch in allen Bereichen Politik für Frauen machen zu können, wollen wir mit allen Verwaltungen eine verbindliche, datenbasierte und ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie erarbeiten und umsetzen. Die Strategie soll intersektional wirken, das bedeutet, dass wir Mehrfachdiskriminierungen, etwa durch Rassismus oder Queerfeindlichkeit, stets mitdenken. Außerdem wollen wir eine Gesetzesfolgenabschätzung einführen, die die Gleichstellung von Frauen sicherstellt. Für eine emanzipatorische Verwaltung werden wir die Mitarbeiter*innen entsprechend schulen.

Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Welche konkreten Vorschläge/Vorhaben haben Sie persönlich/Ihre Partei um den Grundgesetz Auftrag des Artikels 3: "Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin" weiter umzusetzen?

Es wird Zeit für eine feministische Regierung, in der Frauen und Männer gleichermaßen für Geschlechtergerechtigkeit eintreten. Geschlechtergerechtigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Mit einem Gender-Check wollen wir die Wirkung von Gesetzen auf Gleichberechtigung prüfen. Die Bundesstiftung Gleichstellung werden wir zu einer effektiven Institution ausbauen, die gesichertes Wissen zu den Lebenslagen aller Geschlechter bereitstellt und wirksame Maßnahmen entwickelt. Wir brauchen eine Gleichberechtigungsstrategie, die alle Lebens- und Politikbereiche umfasst, ressortübergreifend arbeitet und die Erkenntnisse in umsetzbare Ziele übersetzt. Wir wollen allen Frauen den Weg frei machen, ihr Talent zu entfalten und überall mitzuentscheiden. Wenn wir die Vielfalt unserer Gesellschaft in den Chef*innenetagen auch abbilden, wird das Land moderner, gerechter und krisenfester. Unsere Bundestagsfraktion hat hierzu Vorschläge in den Deutschen Bundestag eingebracht: Zur Bewältigung der Pandemie (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/200/1920038.pdf), für die Privatwirtschaft und den öffentlichen Dienst (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/253/1925317.pdf), für Kultur und Medien (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/268/1926888.pdf) und für das Gesundheitswesen (http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/048/1904855.pdf und https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/278/1927882.pdf).

2. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines Paritätsgesetzes, das die Parteien verpflichtet, einen höheren Anteil Frauen im Bundesparlament sicherzustellen?

Trotz eines historisch niedrigen Frauenanteils von 30,9 Prozent im Deutschen Bundestag hat die derzeitige Bundesregierung zur gleichberechtigten Repräsentanz von Frauen in der Politik nicht gehandelt. Uns Grünen war es wichtig, gemeinsam aus der Mitte des Parlaments zu einem Vorschlag zu kommen. Dazu hat sich im Februar 2019 eine interfraktionelle Frauengruppe aus allen demokratischen Fraktionen gebildet, um zusammen eine Initiative zu erarbeiten. Union und SPD haben dann aber nach fast einjähriger intensiver Arbeit in der interfraktionellen Gruppe die Zustimmung zum gemeinsamen Vorgehen verweigert. Diese Blockade schadet den Frauen und der Demokratie. Es ist höchste Zeit für verbindliche Regelungen, die den Frauenanteil im Bundestag dem Anteil an Frauen in der Bevölkerung anpassen. Wir GRÜNE zeigen am Beispiel unserer Partei, dass Frauen alles erreichen können, wenn sie wirklich gleiche Chancen haben. Unsere Politikerinnen und Aktiven überall im Land sind die besten Beispiele dafür, wie vielfältige Politik aussieht und dass die Quote wirkt. Die Entscheidungen der Thüringer und Brandenburgischen Verfassungsgerichtshöfe gegen die Paritätsgesetze in den beiden Bundesländern bedeuten nicht das Ende der Debatte, sondern unterstreichen vielmehr den politischen Handlungsbedarf.

3. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Wahlrechts für Ausländer/innen zu den Wahlen im Bundestag/in den Landtagen/in den Kommunen?

Wir wollen, dass alle hier lebenden Menschen sich demokratisch einbringen und beteiligen können. Dafür wollen wir ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige schaffen. Diese Forderung haben wir gerade erst wieder in unserem Antrag "Für eine antirassistische und chancengerechte Einwanderungsgesellschaft – Rassismus bekämpfen, Vielfalt stärken" im Bundestag stark gemacht

(https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/246/1924636.pdf). Zur Verwirklichung der politischen Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft wollen wir darüber hinaus ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht einführen, das Einbürgerungen erleichtert (https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/195/1919552.pdf).

4. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei, um Frauen mit Migrationserfahrung, die lange Zeit nicht als eigenständig Migrierende angesehen wurden und z.T. noch werden, mehr politische Teilhabe zu ermöglichen?

Feminismus und Antidiskriminierung sind zwei Kernpfeiler grüner Politik. Fehlende Teilhabe und Partizipation von Frauen mit Migrationserfahrung sind häufig Resultat struktureller Mehrfachdiskriminierung, sich reproduzierender Ausschlussmechanismen und rechtlicher Hürden. Wir wollen aber, dass alle mit am Tisch sitzen und an den Schaltstellen unserer Gesellschaft angemessen vertreten sind. Das erreichen wir zum Beispiel durch die Stärkung von Frauenbeauftragten, die Einführung von Vielfaltsbeauftragten in Behörden, eine verbindliche Förderung von Diversität in der Bundesverwaltung, vielfaltsorientierte Budgetierung und rassismuskritischen Schulungen. Wir brauchen Daten, um zu untersuchen, wie verschiedene Formen von Diskriminierung zusammenwirken, denn um Benachteiligungsstrukturen wirksam zu ändern, müssen sie sichtbar gemacht werden. Damit diese Maßnahmen umgesetzt werden, wollen wir ein Partizipationsgesetz einführen, das gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Rassismuserfahrung und Menschen mit Migrationsgeschichte aktiv fördert. Gegen Mehrfachdiskriminierungen brauchen wir ein Antidiskriminierungsgesetz, das wirksam und umfassend Schutz bietet.

5. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit, Pflege, Soziales)?

Der Care-Bereich ist für unsere Gesellschaft zentral. Wir wollen durch verbindliche Personalbemessung die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von Fachkräften und die Einführung der 35-Stunden-Woche in der Pflege Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir beschränken, um eine Überlastung zu verhindern und den Personalverlust in Krankenhäusern einzudämmen. Doch Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die gesetzliche Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach Tarif bezahlen. Wir machen uns zudem für Qualifikationspfade stark, die eine persönliche Weiterentwicklung in der beruflichen Pflege ermöglichen. Und wir sehen einen Bedarf nach attraktiven Rahmenbedingungen sowie die Entwicklung beruflicher Rollen für hochschulisch qualifiziertes Pflegefachpersonal in der Pflegepraxis, die eine eigenverantwortliche Ausübung bestimmter heilkundlicher Tätigkeiten einschließt. Die Selbstorganisation und die Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege wollen wir durch den Aufbau einer Bundespflegekammer unterstützen.

6. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/ Ihre Partei zur Etablierung eines geschlechtergerechten Steuersystems (auch unter dem Gesichtspunkt Alleinerziehender)?

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zu den geschlechterspezifischen Unterschieden im Steuerrecht (https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/189/1918921.pdf) hat die bestehenden Probleme deutlich aufgezeigt. Konkret wollen wir Geschlechtergerechtigkeits-Checks, d.h. alle bestehenden und kommenden Krisenmaßnahmen und Gesetzesvorhaben auf unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf Frauen und Männer zu prüfen; das Ehegattensplitting durch eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Freibetrag bei Neuehen ersetzen und gleichzeitig die Steuerklasse V abschaffen (http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/200/1920038.pdf). Um Alleinerziehenden, auch mit geringen Einkommen, deutlich stärker zu entlasten, wollen wir den Alleinerziehenden-Entlastungsbetrag durch eine Steuergutschrift ersetzen, die alle Alleinerziehenden in gleicher Höhe von ihrer Steuerschuld abziehen können (https://dserver.bundestag.de/btd/19/237/1923799.pdf).

7. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung von Rentenpunkten für "systemrelevante"/ehrenamtliche/unbezahlte Arbeit in Familie und Gesellschaft (Beispiel: Anerkennung von Erziehungszeiten)?

Wir verstehen Ihren Vorschlag, Rentenpunkte für systemrelevante/ehrenamtliche/unbezahlte Arbeit in Familie und Gesellschaft einzuführen, als Idee, um den Menschen mehr Wertschätzung und Absicherung zu geben. Dafür gehen wir andere Wege, denn die gesetzliche Rentenversicherung ist eine Einkommensversicherung, die sich an den eingezahlten Beiträgen orientiert. Über die Rentenpolitik hinaus wollen wir Familien gezielt unterstützen, indem wir mit der Kindergrundsicherung deren finanzielle Basis verbessern, mit einer besseren Zeitpolitik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, pflegende Angehörige besser mit einer PflegeZeitPlus unterstützen und in Care-Berufen für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne sorgen.

8. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für ein stärkeres Engagement des Bundes zur Minderung der Wohnungsnot und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?

Mit der grünen Wohnoffensive haben wir dafür konkrete Pläne vorgelegt. Mit einem Gesetz und einem Förderprogramm des Bundes Neue Wohngemeinnützigkeit in Höhe von 3 Milliarden Euro jährlich wollen wir 1 Mio. neue günstige Mietwohnungen schaffen und auf Dauer sichern. Mit einer wirksamen Mietpreisbremse, regionalen Mietobergrenzen und stärkerem Kündigungsschutz sichern wir bezahlbare Mietwohnungen und vermeiden Wohnungsverluste. Drittens stärken wir Vorkaufsrechte der Kommunen, den Milieuschutz und den Schutz vor der Umwandlung günstiger Mietwohnungen in Eigentumswohnungen.

9. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für Initiativen des Bundes /Gesetzesvorhaben zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)?

Im Bereich Gefahrenabwehr und Strafverfolgung geht es vor allem darum, mit besserer personeller und technischer Ausstattung, durch Aus-und Fortbildung für Polizist*innen, Ermittler*innen, Staatsanwält*innen, Richter*innen dafür zu sorgen, dass diese frauenfeindliche Strukturen und Motive erkennen, um so für volle Anwendung des bestehenden Rechts zu sorgen. Im Rahmen einer Neuordnung der Strafzumessungskriterien wollen wir auch geschlechtsspezifische Bewegründe ausdrücklich benennen. Und wir wollen ein Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeitenden aller einschlägigen Beratungsstellen erreichen. Dazu hat die Grüne Bundestagsfraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, ebenso einen Gesetzentwurf zu Recht und Pflicht zur Fortbildung von Richter*innen und Staatsanwält*innen. Beides hat die CDU/CSU/SPD-Koalition abgelehnt, genauso wie unseren Antrag "Hasskriminalität und andere Formen von Gewalt gegen Frauen endlich erfassen und wirksam bekämpfen".

10. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die im Europäischen und Deutschen Qualifikationsrahmen vorgesehene gleichberechtigte Anerkennung auch non formal und informell erworbener Kompetenzen, von der insbesondere Frauen profitieren würden, voran zu treiben?

Wir wollen den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) gesetzlich verankern, um seine Stufen bekannter und den Aufbau einzelner Stufen transparenter zu machen. Wichtig ist uns dabei, dass zukünftig auch nonformale bzw. informell erworbene Kompetenzen stärker abgebildet und leichter angerechnet werden können. Mit einem Rechtsanspruch auf Weiterbildung wollen wir Frauen breite Zugänge ins lebensbegleitende Lernen eröffnen. Damit der Erwerb neuer Kompetenzen und berufliche Entwicklung leichter möglich werden, wollen wir die Bildungsphasen mit einem Weiterbildungsgeld und einem Weiterbildungs-BAföG sozial absichern. Damit keine Weiterbildung aus Angst vor der Teilzeitfalle scheitert, setzen wir uns für einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang ein und wollen die Möglichkeiten für Beschäftigte ausbauen, Weiterbildungen auch in Teilzeit wahrzunehmen.

Geschlechtergerechtigkeit im und durch den Kulturbereich (2 Fragen):

11.1. Welche Initiativen stellen Sie/Ihre Partei sich vor, um in der Kunst, der Kultur und in den Medien bei Führungspositionen, Besetzung von Jurys und Gremien sowie bei Entscheidungen über Stipendien oder Förderungen die Gleichstellung und Geschlechter-gerechtigkeit herzustellen?

Obwohl sie teilweise die Mehrheit der Studiengänge ausmachen und hochqualifiziert sind, sind Frauen in Orchestern, Ensembles, in der freien Szene etc. nach wie vor unterrepräsentiert. Auf der Leitungsebene kommen sie nur selten an. Wir wollen deshalb eine Quotenregelung einführen, und zwar auf allen Ebenen: bei der Besetzung von Intendanzen, bei der Zusammensetzung von staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und Werkaufträgen und bei staatlichen Jurys. Die Quotenregelung bringt nicht nur eine echte Kunstfreiheit, sondern durch die Perspektiven der Frauen auch mehr kulturelle Vielfalt.

11.2. Welche Vorstellungen haben Sie/Ihre Partei, um Frauen und ihre gesellschaftlichen Leistungen in der kulturellen Stadtentwicklung und in Ausstellungen (beispielhaft die Ausstellung "Berlin Stadt der Frauen" 2016 im Ephraim Palais) sichtbar zu machen?

Zu einer geschlechtergerechten Kulturpolitik gehört für uns auch, dass die künstlerische Arbeit von Frauen mehr öffentliche Sichtbarkeit bekommt. Wir wollen das Frauen in öffentlich finanzierten Ausstellungsprojekten angemessen repräsentiert sind.

12. Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?

Gewalt gegen Frauen bleibt ein ungelöstes und alarmierendes Problem. Die Täter sind häufig bekannt. Es sind die Partner und Ex-Partner. Immer wieder müssen Frauen, die von häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt bedroht sind, in Frauenhäusern abgewiesen werden, weil es zu wenige Plätze gibt. Jeder Mensch hat jedoch das grundgesetzlich gesicherte Recht auf körperliche Unversehrtheit. Daher hat die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Vorschlag eingebracht, mit dem jede betroffene Frau, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Herkunftsort oder Aufenthaltsstatus, einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe in einer Schutzeinrichtung erhält (http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/153/1915380.pdf).



FDP Landesverband Berlin · Dorotheenstr. 56 · 10117 Berlin

Überparteiliche Fraueninitiative e.V. uepfi@outlook.de

Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Berlin, 26. August 2021

Marcel Schwemmlein Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlein@fdp.de www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin Dorotheenstraße 56 10117 Berlin

T: 030 278959-0

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Nachricht. Die von Ihnen übermittelten Wahlprüfsteine darf ich wie folgt beantworten.

1. Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung des Paritätsgesetzes in Berlin, das die Parteien verpflichten soll, einen höheren Anteil von Frauen im Abgeordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversammlungen sicherzustellen?

Die Partei der Freien Demokraten steht für Vielfalt – auch in der eigenen Organisation. Statt auf Quoten setzen wir auf freiwillige Zielvereinbarungen, die die Landesverbände mit dem Bundesverband getroffen haben zur Erhöhung des Frauenanteils in Gremien und auf Listen. Ein Kulturwandel in der Gesellschaft notwendig. Für echte Chancenverwirklichung braucht es auch faire Rahmenbedingungen, ein Bewusstsein für Vielfalt und Mut zur Veränderung. Wenn Frauen und Männer Verantwortung übernehmen wollen, muss dafür sensibilisiert und geworben werden. Unser Leitbild ist die ausgeglichene Repräsentation von Frauen und Männern in allen Positionen, ohne dafür Vorschriften zu erlassen. Ein Paritätsgesetz, das den Parteien Quoten vorgibt, begegnet unseres Erachtens auch verfassungsrechtlichen Bedenken. Diese Bedenken wurden durch gerichtliche Entscheidungen bestätigt.

 Wie stehen Sie persönlich/Ihre Partei zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländer/innen in Berlin (Abgeordnetenhaus und BVV)?

Wer mit uns zusammenlebt, soll auch Mitbürgerin bzw. Mitbürger mit allen Rechten und Pflichten werden können. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung aktiv auf diejenigen Menschen zugeht, die die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen, um sie über das Einbürgerungsverfahren zu informieren. Wir setzen uns für die Ermöglichung von Mehrstaatlichkeit und die Beschleunigung der Einbürgerung ein. Wir Freien Demokraten erkennen die vielfältigen Identitäten der Bürgerinnen und Bürger an und setzen uns dafür ein, dass diese auch in mehreren Staatsbürgerschaften Ausdruck finden. Im Hinblick auf die Einführung eines kommunalen Wahlrechts jenseits des schon möglichen Wahlrechts für EU-Bürgerinnen und -Bürger auf BVV-

FDP Landesverband Berlin Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin Telefon: +49 30 278959-0

Ebene gibt es bei uns keine klare Beschlusslage der Partei, sondern in der Mitgliedschaft unterschiedliche Auffassungen.

3. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Besserstellung (Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten) der Berufe im Care-Sektor (Gesundheit, Pflege, Soziales) in Berlin?

Die Situation in der Corona- Pandemie hat uns allen gezeigt, wie wichtig die Arbeit im Care- Bereich für die Gesellschaft ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Leistung anerkannt wird und auch entsprechend fair bezahlt wird.

4. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei für eine Sicherstellung und Verstärkung aller gesellschaftlichen Angebote, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern/unterstützen (u.a. Ausbau des Betreuungsangebots in Kitas, Ganztagsschulen, Pflege-Unterstützung)?

Wir wollen das Arbeitszeitgesetz entrümpeln und modernisieren, um zeitlich und örtlich flexiblere Arbeitsmodelle und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu ermöglichen. Wir wollen eine Bildungs- und Betreuungsgarantie – deutschlandweit für alle Kinder und Eltern. Jeder einzelne Tag, an dem Kinder frühkindliche und schulische Bildung genießen, vermehrt ihre Zukunftschancen. Gerade in Pandemiezeiten zeigt sich: Eine bundesweite Bildungsund Betreuungsgarantie ist ein notwendiges Element für die dauerhafte Sicherung bester Bildungschancen. In Berlin möchten wir, dass Kitas flexiblere Öffnungszeiten haben und es auch sog. 24h-Stunden-KiTas gibt, die auch eine Betreuung für Kinder von Eltern ermöglicht, die im Schichtdienst arbeiten.

5. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Minderung der Wohnungsnot in Berlin, zur Bekämpfung der wachsenden Diskriminierung (z.B. Herkunft, Hautfarbe, Einkommen) auf dem Wohnungsmarkt und zu einem verstärkten Mieterschutz insbesondere für Frauen/Alleinerziehende?

Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin weltoffen und tolerant ist und alle Menschen gleichberechtigt miteinander leben können, unabhängig davon, woher sie kommen und welche Religion, Kultur, Weltanschauung oder geschlechtliche Identität sie haben. Unsere Forderung nach einem gleichberechtigten Leben bezieht sich auf alle Bereiche im Berliner Stadtleben und somit auch auf den Wohnungsmarkt. Wir sehen eine dortige Diskriminierung, die Menschen bspw. wegen ihrer Kultur oder Hautfarbe ausschließt, als unvereinbar mit den liberalen Werten an und setzen uns daher stark gegen Rassismus und Fremdenhass ein. Mit unseren liberalen wohnungspolitischen Konzepten, mit deren Hilfe wir vor allem mehr Wohnraum schaffen wollen und so den Wohnungsmarkt entlasten möchten, wollen wir auch dafür sorgen, dass es für alle Menschen, aber auch für Alleinerziehende, leichter möglich sein wird, Wohnraum zu finden.

6. Welche Maßnahmen schlagen Sie persönlich/Ihre Fraktion vor, um der besonderen Situation wohnungsloser Frauen gerecht zu werden, angesichts steigender Mieten und der Verdrängungsentwicklungen, u.a. durch größere Investoren-Aufkäufe?

FDP Landesverband Berlin Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin Telefon: +49 30 278959-0

Ein wichtiges Modell, um wohnungslose Frauen zu schützen ist die Initiative "Housing First für Frauen", welches aus meiner Sicht ausdrücklich mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung bekommen sollte. "Housing First für Frauen" ist ein Modellprojekt des Sozialdienstes katholischer Frauen, bei den speziell für Frauen Wohnungen angeboten werden, die unter multiplen Problemlagen (Psychische Erkrankungen, Suchterfahrung, sexualisierte Gewalterfahrung usw.) leiden und einen Zugang zu sicherem Wohnraum ohne Männer brauchen, um sich sicher zu fühlen. Damit wird eine Retraumatisierung dieser Frauen vermieden. Die Frauen bekommen erst die Wohnung und dann die gewünschte Hilfe (ohne Vorbedingungen). Es gibt keinerlei Sanktionen und die Mietzahlung wird bspw. durch Transferleistungen gesichert.

7. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Feststellung und Verfolgung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen (u. a. häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsheirat, Mädchen-/ Frauenhandel und Zwangsprostitution, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt im digitalen Raum ...)

Wir Freie Demokraten sprechen uns gegen jegliche Form von sexueller Belästigung aus und erwarten von uns allen, gerade in hierarchischen Strukturen wie zum Beispiel in Arbeitsverhältnissen, einen sensiblen Umgang miteinander. Sexuelle Anspielungen haben hier genauso wenig etwas zu suchen wie sexistische oder homophobe Witze, denn sie degradieren die oftmals in Abhängigkeitsverhältnissen arbeitenden Frauen, aber auch Männer.

Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention und deren Inkrafttreten zum 01.02.2018 hat sich Deutschland zu einer Reihe von Maßnahmen im Bereich häuslicher Gewalt verpflichtet, die auch wir Freie Demokraten voranbringen wollen.

Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept, das insbesondere die Präventionsarbeit als wesentlichen Bestandteil umfasst und eine bessere Koordinierung der beteiligten Akteure beinhaltet. Projektarbeit, zum Beispiel an Schulen, kann oftmals aufgedeckte Fälle häuslicher Gewalt nicht weiterverfolgen, da die Vernetzung zur Beratungsstelle und/oder eine Finanzierung unzureichend vorhanden sind. Polizei und Justiz müssen gut ausgestattet sein, damit in Gewaltsituationen schnell eingegriffen und geahndet werden kann. Wir begrüßen es, wenn die Polizei Anstrengungen unternimmt mehr Frauen – auch mit Migrationshintergrund – für den Polizeidienst zu gewinnen. Dies erleichtert es gerade weiblichen Opfern von Gewalt, eine Aussage zu machen.

Im Hinblick auf die Genitalverstümmelung möchten wir, dass sogenannte "Wiederherstellungsoperationen" von den Krankenkassen bezahlt werden. Zudem brauchen wir bei Ärztinnen und Ärzte, Hebammen und betroffenen Familien eine bessere Aufklärungsarbeit.

8. Welche Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei zur Sicherung und zum Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin, insbesondere von Frauenhäusern und von Frauenberatungsstellen?

FDP Landesverband Berlin Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin Telefon: +49 30 278959-0

Wir Freie Demokraten wollen so schnell wie möglich eine krisenfeste Infrastruktur der Frauenhilfe etablieren. Wir wollen die Einführung eines länderübergreifenden OnlineRegisters zur Registrierung und Abfrage von freien Frauenhausplätzen. Um den Schutz der betroffenen Frauen und Kinder sicherzustellen, ist die öffentliche Verfügbarkeit der Daten einzuschränken.

Wir wollen, dass ausreichend barrierefreie Plätze für Frauen mit Behinderung und Frauen mit jugendlichen Kindern geschaffen werden. Diese Plätze sind im länderübergreifenden OnlineRegister zu vermerken.

In den Frauenhäusern sind WLAN und digitale Strukturen vorzuhalten, die es den Bewohnerinnen ermöglichen, sich zu bewerben bzw. bestmöglich ihrem Beruf, ihrer Ausbildung oder ihrem Studium nachzugehen.

Die Hotline-Kapazitäten müssen in den Ländern auf eine Erreichbarkeit von 24 Stunden an 7 Tagen in der Woche ausgebaut werden. Hierbei soll auch männlichen Opfern von Gewalt ein Angebot wie das "Hilfetelefon Gewalt an Männern", welches bereits in Bayern und Nordrhein- Westfalen besteht, unterbreitet werden.

Beratungsstellen sind darin zu unterstützen, ihre Angebote auch digital z.B. per Videokonferenz anzubieten. Eine erste Kontaktaufnahme der Opfer sollte verstärkt per SMS oder Messenger-Dienst angeboten werden. Diese digitalen Angebote sollen hierbei in möglichst vielen verschiedenen Sprachen angeboten werden.

Wir fordern die Einführung einer Hotline speziell für mögliche Täter und Täterinnen. Immer mehr Menschen suchen Rat, da sie erkennen, dass sie Gefahr laufen, zu Täterinnen oder Tätern zu werden oder es bereits sind, jedoch keine Ansprechpartner finden. Die Hotline für Täter sollte ähnlich stark wie die Hotline für Opfer beworben bzw. kommuniziert werden.

9. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die im europäischen und deutschen Qualifikationsrahmen vorgesehene gleichberechtigte Anerkennung auch non formal und informell erworbener Kompetenzen, von der insbesondere Frauen profitieren würden, auf Landesebene voran zu treiben?

Im Wettbewerb um die klügsten Kopfe für unseren Arbeitsmarkt ist es notwendig, die Regeln zu vereinheitlichen, zu vereinfachen und so attraktiv wie möglich zu gestalten, um eine maximale Werbewirkung auf dem weltweiten Fachkräftemarkt zu erzielen. Die Freien Demokraten plädieren für eine reformierte Blue Card, die eine befristete Aufenthaltserlaubnis mit einem Arbeitsvertrag zu einem branchenüblichen Einstiegsgehalt auch in nichtakademischen Berufsfeldern gewährt.

Zur Anerkennung informell erworbener Kenntnisse muss das berufliche Bildungssystem durchlässiger werden. Das Land Berlin muss das Erwachsenenbildungsgesetz um diesen Bereich ergänzen. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass ein Rahmen für die Anerkennung dieser Kenntnisse ermöglicht wird und Ausbildungen modularer angeboten werden.

FDP Landesverband Berlin Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin Telefon: +49 30 278959-0

10. Welche konkreten Vorschläge haben Sie persönlich/Ihre Partei um die Frauen- und Geschlechterforschung an Berliner Hochschulen zu sichern und zu fordern?

Frauen sind nicht einfach nur "das andere Geschlecht", sondern haben teilweise ganz andere Bedürfnisse als Männer und diese müssen in unserer Gesellschaft ebenso beachtet und respektiert werden. Mir ist wichtig, dass die Forschung auf diesem Gebiet vorangetrieben wird, um für alle Menschen in unserem Land die besten Lebensbedingungen zu schaffen.

Insbesondere in der Medizin gibt es hier noch einen großen Nachholbedarf. Als Modell der Medikation und Therapie von bestimmten Erkrankungen dient derzeit in weiten Teilen noch der Mann. Die unterschiedliche Symptomatik von Erkrankungen bei Mann und Frau führen aber leider auch heute noch zu einer teilweise schlechteren medizinischen Versorgung von Frauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Geschlechterforschung weiter ausgebaut und auch finanziell auf solide Füße gestellt wird.

- 11. Welche zwei Forderungen/Anliegen sind Ihnen darüber hinaus persönlich besonders wichtig?
- 1. Wir möchten, dass jeder Mensch, unabhängig von seinem Geschlecht, passende Rahmenbedingungen vorfindet, um das eigene Potenzial voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Mädchen und Frauen in den sogenannten MINT- Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) die gleichen Chancen haben wie Jungen und Männer. Dabei setzen wir vor allem auf Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter, die im Rahmen der Berufsorientierung flächendeckend Schulen besuchen, um ein positives Bild der MINT-Berufe zu vermitteln. Ebenso fordern wir Fortbildungen für Dozentinnen und Dozenten sowie Lehrerinnen und Lehrer zu diesem Thema.
- 2. Die Bekämpfung von Straftaten, die über das Internet verübt werden, insbesondere digitale Gewalt und Hasskriminalität, ist mir sehr wichtig. Diese muss konsequent mit darauf spezialisierten Kräften in Polizei und Justiz geahndet werden. Diese Bediensteten sind personell gut auszustatten und laufend fortzubilden.

Die Aufklärung über Formen und Folgen von digitaler Gewalt wollen wir starken. Deshalb fordern wir analog zur Landeszentrale für politische Bildung eine Landeszentrale für digitale Bildung, Aufklärung über Cybermobbing und Onlinemissbräuche an Schulen, in Sportvereinen und an anderen Bildungseinrichtungen sowie eine verstärkte Forschung zu dem Thema an den Hochschulen.

12. Welche Initiativen stellen Sie/Ihre Partei sich vor, um in der Kunst, der Kultur und in den Medien bei Führungspositionen, Besetzung von Jurys und Gremien sowie bei Entscheidungen über Stipendien oder Förderungen die Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit herzustellen?

FDP Landesverband Berlin Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin Telefon: +49 30 278959-0

Wir Freie Demokraten fordern mehr Diversität in Kultureinrichtungen. Dafür wollen wir auf den obersten Leitungsebenen von Kultureinrichtungen des Landes sowie bei Jurys mit Landesbeteiligung ein Rotationsprinzip einführen, das die Amtszeit jeweils auf maximal zweimal fünf Jahre begrenzt. Künftig sollen so maximal zwei Amtszeiten mit je vier Jahren möglich sein. Wir erwarten vom öffentlichen Dienst als Arbeitgeber und von öffentlich geförderten Einrichtungen eine besondere Anstrengung, um gleichberechtigtes Arbeiten von Frauen und Männern zu ermöglichen, insbesondere auch in Führungspositionen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, mobiles Arbeiten, Jobsharing und ganzheitliches Diversity-Management auf allen Ebenen muss daher Anspruch und Ziel sein. Eine ausgeglichene Repräsentation von Frauen und Männern in Führungspositionen ist unser Leitbild. Ebenso erwarten wir die Umsetzung einer Null-Toleranz-Strategie gegen sexuelle Belästigung in den genannten Einrichtungen.

13. Welche Vorstellungen haben Sie/Ihre Partei, um Frauen und ihre gesellschaftlichen Leistungen in der kulturellen Stadtentwicklung und in Ausstellungen (beispielhaft die Ausstellung "Berlin Stadt der Frauen" 2016 im Ephraim Palais) sichtbar zu machen?

Wir Freien Demokraten erwarten, dass öffentlich finanzierte Einrichtungen bei der Vergabe von Stipendien und von Ausstellungen Vielfalt beachten. Diese sollten als Vorbild agieren und entsprechend vorangehen. Wir erachten die Verleihung der Louise-Schroeder-Medaille als ein sehr gutes Zeichen, um besondere gesellschaftliche und kulturelle Leistungen von Frauen sichtbar zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Marcel Schwemmlein

Landesgeschäftsführer der FDP Berlin